

<b>Inhalt</b>	
Termine	2
<b>Kurzmeldungen</b>	
Flußpolitik als Chefsache	3
Umweltverbände erteilen Renaissance der Kernenergie eine Absage	4
Energiekompromiß von Johannesburg ist ein Schwarzer Tag für Umwelt und Klima	5
Erdgipfel der nachhaltigen Enttäuschungen	6
Atomkraftwerke sind potenzielle Terrorziele	7
Studie: Gentechnische Verunreinigungen	8
Skandalöse Besetzung der EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit	9
<b>Anträge zu 8. Parteitag</b>	
Klima- und Hochwasserschutz	10
Die Regenwälder erhalten	14
<b>Hochwasser</b>	
Zeit für die Oder – Offener Brief der AG Umwelt	15
Hochwasser und Klimaschutz Uwe Witt	16
<b>Im Interview</b>	
Interview von Radio Aktiv Hameln mit Eva Bulling-Schröter	17
<b>Literatur</b>	
Ernest Callenbachs Ökotopia von Katja Kipping	20
<b>Debatte</b>	
Plädoyer	

Von Marco Ferst

23

**Satzung /Kontakte**

## **Editorial**

**Nun liegt die Tarantel Nummer 18 vor. Es liegt auf der Hand, dass in dieser Ausgabe die zwei umweltpolitisch wohl am wichtigsten Ereignisse des Sommers behandelt werden. Dies ist einmal die Flutkatastrophe, die die Auswirkungen des Klimawandels auch auf unsere Region deutlich gemacht hat. Durch die Flut haben viele Menschen Ihre Lebensgrundlagen verloren und müssen diese nun mühsam wieder aufbauen. Die spontane Solidarität, die viele in der Bevölkerung gezeigt haben, macht Mut. Aber über den neu gefundenen Zusammenhalt darf nicht vergessen werden, dass ein einfacher Wiederaufbau nicht ausreicht, sondern ein weitreichendes Umdenken stattfinden muss. Die Umweltgegebenheiten in den Flutgebieten müssen berücksichtigt werden und der Klimaschutz muss endlich als vorrangige Staatsaufgabe ernst genommen werden.**

**Mit diesem Problemkomplex - dem Klimaschutz als Staatsaufgabe beschäftigen sich auch verschiedene Artikel zur Auswertung der Rio plus 10 Konferenz in Johannesburg. Die Konferenz hat einmal mehr deutlich gemacht, welch ein schwerer Weg noch vor uns liegt.**

**Wir haben aber auch diesmal eine ausführliche Literaturbesprechung in unserer aktuellen Nummer. Die sächsische Landtagsabgeordnete Katja Kipping konnte für uns als Autorin gewonnen werden, noch einmal vielen Dank speziell an sie und alle anderen die uns regelmäßig mit Beiträgen für die Tarantel versorgen.**

**In der Rubrik Debatte hat Marco Ferst seine Analyse der ökologischen Krise der Weltgesellschaft dargestellt und verschiedene Lösungsansätze präsentiert. Der Sprecherrat sieht diesen Beitrag als Aufforderung zur Debatte, da viele Vorschläge noch nicht genügend ausgearbeitet sind bzw. sehr umstritten. Also viel Spaß beim Lesen.**

**Der Sprecherrat**

Vom 15. bis 17. November veranstaltet die Rosa Luxemburg Stiftung eine Konferenz mit internationaler Beteiligung zum Thema "Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert".

Schwerpunkte sind dabei: Menschenrecht auf Nachhaltigkeit; Johannesburg - Bilanz "Rio plus 10"; internationale Gerechtigkeit, Wohlfahrt und Sicherheit; RLS und Projekte der demokratischen und sozialen Partizipation in Mexiko, Brasilien u. Südafrika; Politik der Nachhaltigkeit im vereinten Europa; Nachhaltigkeit u. Regionalentwicklung; Lokale Agenda 21; Zukunftspotenziale durch wissenschaftliche

und soziale Innovation für eine sozialökologischen Umbau; Geschlechtergerechtigkeit und -demokratie. Neben Podiumsvorträgen und -diskussionen sind verschiedenen Arbeitsgruppen geplant. Die Konferenz beginnt Freitag, d. 15.11., am Nachmittag und endet am Sonntag, d. 17.11., gegen Mittag.

Informationen:

Dr. Hella Hertzfeldt

Rosa Luxemburg Stiftung

Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Studienwerkes

Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin

Tel.: 030/29781134 Fax: 030/29781188

e-mail: hertzfeldt@rosaluxemburgstiftung.de

Bundesweites Zwischenlager-  
Initiativen-Treffen  
Sa 28.9.02, 11-17 Uhr Hannover,  
Odeonstr. 4 (Grüne  
Landesgeschäftsstelle)

Ab November 2002 werden in monatlicher Folge die Genehmigungen für die 12 dezentralen Zwischenlager erteilt. Am Anfang stehen Lingen (das Gebäude ist bereits fertig, weil das Verfahren noch nicht UVP-pflichtig war) und Grohnde, als letztes ist Esenshamm dran, weil hier der Widerstand des Gemeinderats am grössten ist. Die Veränderungssperre für den Bebauungsplan ist bundesweit als einzige noch in Kraft.

Es scheint nicht nur bei den beantragten Zwischenlager-Konzepten eine Nord-Süd-Teilung zu geben, sondern auch bei den BIs. Die süddeutschen kennen sich untereinander, die norddeutschen auch, aber die Verbindung zwischen beiden ist über die räumliche Distanz hinweg kaum vorhanden. Aus Grohnde kam die Anregung für ein bundesweites Treffen, um sich gemeinsam auf die kommenden Klagen (welche Standorte werden klagen?) vorzubereiten. Telefonisch gab es nur positive Reaktionen darauf. **Als Berater für das Treffen haben wir Wolfgang Neumann von der Gruppe Ökologie in Hannover engagiert**, für sein Honorar machen wir eine Umlage. Hannover liegt zwar nicht gerade in der Mitte der

Republik, ist aber mit dem ICE gut zu erreichen. Falls es Rückmeldungen aus Süddeutschland gibt, dass 12 Uhr als Beginn realistischer ist, melde ich mich nochmal. Die Entscheidung fiel auf das Grüne Büro als Tagungsort, weil es nah am Bahnhof liegt (knapp 10 Minuten zu Fuss), das hindert hoffentlich niemanden am kommen. Getränke, Brötchen und Kuchen werden besorgt.

Tagesordnungsvorschlag:

- 1) Kurzer Lagebericht von den Standorten
- 2) Prozessstrategie
- 3) Wie finanzieren wir das alles?

Wegbeschreibung: Bahnhof Ausgang Richtung Innenstadt, dann sofort nach rechts Richtung Post die Kurt-Schumacher-Str. entlang, die 3. Strasse rechts ist die Odeonstr., gleich rechts Nr.4.

Rückfragen:

Aktion gegen ZL am AKW  
Unterweser/Esenshamm)

Helga Rinsky

Tel. 0421/7940458

www.aktion-z.de

e-mail: Kuik-Janssen-Janssen@t-online.de

**Schröder und Stoiber müssen neue Flusspolitik zur Chefsache machen / BUND fordert wirksamen Hochwasserschutz statt Kanalisierung**

Einen Katalog von mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Hochwasservorsorge hat heute der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Berlin vorgelegt. Noch vor der Bundestagswahl müssten vor allem für Elbe und Donau auf politischer Ebene die Weichen neu gestellt werden. Kanzler Schröder und Kanzlerkandidat Stoiber wurden aufgefordert, die Flussausbaupläne für beide Flüsse sofort zu stoppen. Der vorbeugende und ökologisch verträgliche Hochwasserschutz müsse angesichts der Flutkatastrophen an Elbe und Donau jetzt Chefsache werden.

Dr. Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer: "Kandidat Stoiber hat den Schutz der Donau und Kandidat Schröder den der Elbe in der Hand. Der bayerische Ministerpräsident muss seine Donau-Staufstufenpläne zwischen Vilshofen und Straubing aufgeben, Kanzler Schröder muss den Elbeausbau stoppen. Vorbeugender Hochwasserschutz heißt, den Flüssen endlich mehr Raum zu geben. Die für den Flussausbau an Elbe und Donau verplanten rund eine Milliarde Euro müssen für Deichverlegungen und Überschwemmungsflächen eingesetzt werden."

Der traditionelle Hochwasserschutz mit Deichbauten und Deicherhöhungen habe nach BUND-Auffassung bei der aktuellen Flut seine Grenzen deutlich gemacht.

Da inzwischen über 80 Prozent der hochwasserdämpfenden Flussauen zerstört worden seien, drohten bei klimatisch bedingten Wetterextremen weitere Überschwemmungskatastrophen. Nötig seien jetzt länderübergreifende Sofortprogramme für einen ökologischen Hochwasserschutz und die Wiederherstellung natürlicher Flutungsräume und Feuchtbiotope.

BUND-Hochwasserexperte Sebastian Schönauer: "Die Flüsse wurden begradigt, kanalisiert und in ein immer engeres Bett gezwängt. Notwendige Retentionsflächen für die regelmäßig wiederkehrenden Hochwasser wurden dramatisch verkleinert. Am Rhein zum Beispiel auf ein Zehntel. Expandierende Gewerbegebiete und Industrieflächen, Wohnsiedlungen und Straßen haben die Einzugsgebiete der Gewässer versiegelt. Jetzt wird schmerzhaft deutlich, dass der Ausbau der Flüsse zu Kanälen ihre natürlichen Überschwemmungszyklen blockiert."

Dr. Ernst Paul Dörfler, BUND-Elbeexperte: "Wenn das Hochwasser vorbei ist, will die Kanallobby weitermachen wie bisher: Es soll ausgebaggert, vertieft, begradigt und kanalisiert werden. Mit fadenscheinigen Argumenten werden Ausbaumaßnahmen an Elbe, Saale, Havel, Oder, Ems und Donau geplant. Angeblich seien nur größere

Binnenschiffe konkurrenzfähig zu Straße und Bahn. Die Kanalisierung der Flüsse ist aber weder transporttechnisch noch wirtschaftlich vertretbar, ökologisch ist sie sowieso ein Desaster."

Außerdem fordert der BUND das Bauen in hochwassergefährdeten Bereichen generell zu verbieten und Ausgleichsflächen für bereits bebaute Flächen zu schaffen. Dringenden Handlungsbedarf sieht der BUND auch in der Landwirtschaft. Eine immer stärkere Verdichtung der Böden bewirke eine deutliche Verschlechterung der Aufnahmefähigkeit für Niederschläge. Dem könne aber durch veränderte Fruchtfolgen und den Böden angepaßte landwirtschaftliche Geräte begegnet werden.

Bei Rückfragen: Rüdiger Rosenthal, BUND-  
Pressestelle, Tel. 030-27586-464/  
-425, Fax: -449; Mobil: 0171-8311051, E-  
Mail: presse@bund.net, Internet:  
www.bund.net

=====

**Umweltverbände erteilen  
Renaissance der Atomenergie  
strikte Absage - Erneuerbare  
Energien sind Grundlage einer  
nachhaltigen Energieversorgung**

In einem erstmals derart breiten Bündnis haben heute die Umweltverbände BUND, DNR, GERMANWATCH, GRÜNE LIGA, IPPNW, NABU, ROBIN WOOD, WWF und der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) in einer gemeinsamen Erklärung die weitere Förderung und den schnelleren Ausbau der regenerativen Energien gefordert. Für die Verbände werden ausschließlich die erneuerbaren Energien dem Anspruch einer

klimaschonenden und risikoarmen Energieversorgung gerecht. "Wind, Wasser, Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse sind langfristig in der Lage, unseren gesamten Bedarf an Strom, Wärme und Kraftstoffen zu decken", heißt es in der Erklärung. Dies hätten auch Szenarien der Energie-Enquete-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung" des Deutschen Bundestages bestätigt. Nach Auffassung der Verbände ist der Ausbau regenerativer Energien in Deutschland ein herausragender Erfolg auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung. Das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) sei weltweites Vorbild. Die Verbände betonen, dass Nachhaltigkeitsziele nur durch Änderungen der bestehenden Strukturen bei der Energieversorgung zu erreichen seien. In diesem Zusammenhang erteilten sie Überlegungen mit einer Renaissance der Atomenergie Klimaschutzziele zu erreichen, eine strikte Absage. Es sei außerdem wirtschaftlicher Unsinn, 50 bis 70 neue Atomkraftwerke in den kommenden 50 Jahren in Deutschland bauen zu wollen. "Ein solches Szenario ist ein Schreckensbild und würde nicht nur enorme ökologische Schäden anrichten, sondern immense gesellschaftliche Verwerfungen mit sich bringen", so die Erklärung.

Nach Auffassung der Verbände gibt es zur Strategie der Energieeinsparung, der Energieeffizienzsteigerung und dem Ausbau erneuerbarer Energien keine Alternative. Sie fordern daher alle Parteien auf, die Förderung

der erneuerbaren Energien fortzusetzen und am EEG festzuhalten. Eine Renaissance der Atomenergie müsse von allen Parteien aus ökonomischen und ökologischen Gründen auch zukünftig ausgeschlossen werden.

Für Rückfragen: Regine Günther, WWF-Klimaexpertin, mobil: 0160-90638248, Jürgen Sattari, ROBIN WOOD-Vorstandssprecher, mobil: 0171-2859622, Dr. Frank Musiol, NABU-Energieexperte, Tel. 0228-4036164, Dr. Angelika Claußen, IPPNW-Vorsitzende, Tel. 0521- 132877, mobil: 0174-9159932, Katrin Kusche, GRÜNE LIGA-Bundesgeschäftsführerin, Tel. 030-2044745, Klaus Milke, GERMANWATCH-Vorstandsmitglied, Tel. 040- 79143121, Prof. Dr. Klaus Traube, BUND-Energieexperte, Tel. 06171-25815, Johannes Lackmann, BEE-Präsident, Tel. 05252-939800

=====

### **BUND: Energiekompromiss von Johannesburg ist schwarzer Tag für Umwelt und Klima**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) verurteilte die skandalöse Einigung im Energiebereich auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Die bisher in einigen Bereichen positive Bilanz des Weltgipfels sei dadurch deutlich negativer geworden.

Nach langen Verhandlungen sei ein Text verabschiedet worden, aus dem alle Bezüge auf ein konkretes Ziel für den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien gestrichen worden seien. Entsprechend gebe es auch keinen Zeitplan, sondern nur die unverbindliche Aufforderung "dringend" den

Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen. Gleichzeitig sollen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Entwicklungsländer mit angeblich sauberen fossilen Energietechnologien und Staudämmen auszustatten. Damit habe sich offensichtlich ohne nennenswerte Abstriche die Dinosaurierallianz aus USA, OPEC, Kanada, Australien und Japan durchgesetzt.

Angelika Zahrnt, BUND-Vorsitzende: "Dieses Fiasko im Energiebereich kann nicht aufgewogen werden durch die kleinen positiven Resultate des Gipfels. Gerade nach den Unwetterkatastrophen der letzten Wochen ist dieses Ergebnis ein schwerer Schlag für den Klimaschutz. Der Weltgipfel für nachhaltige

Entwicklung ist zum Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung geworden!"

Besonders problematisch in dem erreichten Kompromiss sei ferner der explizite Bezug auf die Ergebnisse der 9. Sitzung der Commission on Sustainable Development (CSD 9). Dort war festgestellt worden, dass sowohl fossile Energien als auch Atomkraft eine nachhaltige Entwicklung unterstützen können.

"Es wäre völlig kontraproduktiv und absurd, wenn durch die Hintertür dieses Textes nunmehr die Nutzung und der Export von Atomkraft gleichsam höchste Weihen erhalten würden", stellte Angelika Zahrnt fest. "Wir fordern die Bundesregierung und die EU dringend auf, klarzustellen, dass dies so nicht interpretiert werden kann."

Nach Einschätzung des BUND bekommen damit die finanziellen Zusagen von Bundeskanzler Gerhard Schröder für die Förderung erneuerbarer Energien in den Entwicklungsländern vor diesem Hintergrund eine noch größere Bedeutung. Diese konkreten Zusagen gehörten zu den wenigen positiven Ergebnissen des Gipfels.

Bei Rückfragen: Gerhard Timm, BUND-Bundesgeschäftsführer, in Johannesburg: Tel. 0027 72 401 5414; Daniel Mittler, Weltgipfel-Experte des BUND  
www.bund.net

=====

**"Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung" - BUND: Historische Chance nicht genutzt**

Johannesburg/Berlin, 04.09.02: Der Erdgipfel in Johannesburg war eine Enttäuschung. Diese Bilanz zog heute der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). "Die Umweltinteressen sind in Johannesburg verraten worden", erklärte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt. "Der rückständigen US-Regierung, unterstützt von Australien, Kanada, Japan und den OPEC-Staaten ist es gelungen, dass die Nachhaltigkeit in vielen Punkten auf dem Altar kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen geopfert wurde. Aus dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung ist deshalb ein Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung geworden."

Nach neun Verhandlungstagen hätten Tausende Delegierte nur zwei neue konkrete

Ziele bei den Themen Fischerei und Zugang zu sauberem Wasser verabschiedet. Zahrt: "Dieses magere Ergebnis ist eines Weltgipfels unwürdig."

Im Bereich der erneuerbaren Energie seien keine quantifizierbaren Ziele und kein Zeitplan verabschiedet worden. Stattdessen solle in Zukunft der Ausbau fossiler Energieträger und großer Staudammprojekte in Entwicklungsländern auch mit deutschen Steuergeldern gefördert werden. Zahrt: "Diese Beschlüsse dienen dem Klimawandel, nicht dem Klimaschutz."

Auch das Verhältnis von Handels- und Umweltabkommen habe der Gipfel nicht geklärt. Die Verhandlungen zu diesem Thema würden nun ausgerechnet in der WTO weitergeführt.

Zahrt: "Die einmalige Chance, Umweltabkommen endlich Vorfahrt vor Handelsabkommen einzuräumen, wurde vertan." Einen Erfolg sieht der BUND bei den Gipfelergebnissen zur globalen Unternehmensverantwortung. Zahrt: "Johannesburg hat gezeigt, dass über kurz oder lang kein Weg an verbindlichen sozialen und ökologischen Regeln für multinationale Konzerne vorbeiführt. Weitere Schritte müssen jetzt folgen. Wir fordern Bundeskanzler Schröder auf, eine internationale Konferenz für Unternehmensverantwortung einzuberufen. Auch auf diesem Gebiet muss Deutschland eine Vorreiterrolle einnehmen."

Der BUND lobte die Rolle Deutschlands bei den Verhandlungen. "Wir begrüßen die Pläne

von Bundeskanzler Schröder zur Förderung der nachhaltigen Energieversorgung und Energieeffizienz in den Entwicklungsländern. Auch die angekündigte globale Konferenz zu erneuerbaren Energien ist ein richtiges Signal. Diese Zusagen waren ein klares Bekenntnis zur globalen Energiewende, die in Johannesburg leider noch nicht eingeleitet werden konnte", so Zahrnt.

Bei Rückfragen: Tel. 0172-5940409; Daniel Mittler, BUND-Weltgipfelexperte Der BUND ist die deutsche Sektion von Friends of the Earth International:

[www.foei.org](http://www.foei.org)

=====

### **BUND: Atomkraftwerke sind potenzielle Terrorziele**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) kritisiert, dass ein Jahr nach den Terroranschlägen in den USA die Bedrohungslage für deutsche Atomkraftwerke noch immer nicht umfassend analysiert sei. Zwar habe Bundesumweltminister Jürgen Trittin der zuständigen Reaktorsicherheitskommission damals einen entsprechenden Prüfauftrag erteilt, aber ein Ergebnis sei bis heute nicht veröffentlicht. Der BUND fordert, die Atomkraftwerke wegen ihrer unkalkulierbaren Risiken sofort abzuschalten und durch ungefährliche Energiequellen zu ersetzen. Insbesondere die ältesten Atomkraftwerke Obrigheim, Stade, Biblis A, Brunsbüttel und Philippsburg Eins

seien nicht gegen Flugzeugabstürze ausgelegt. Sie könnten bestenfalls dem Absturz eines leichten und langsam fliegenden Sportflugzeuges standhalten.

Renate Backhaus, Atomexpertin im BUND-Bundesvorstand: "Der Zwischenbericht der Reaktorsicherheitskommission vom Oktober 2001 hat bestätigt: Kein deutsches Atomkraftwerk ist gegen Flugzeugabstürze ausreichend gesichert.

Beim Crash eines Passagierflugzeuges auf eine Atomanlage ist die massive Freisetzung radioaktiver Stoffe wahrscheinlich. Wir fordern deshalb von Bundesumweltminister Trittin, die Atomkraftwerke sofort vom Netz zu nehmen."

BUND-Atomexperte Professor Klaus Traube: "Wenn ein großes Verkehrsflugzeug auf ein Atomkraftwerk abstürzt ist mit hoher Wahrscheinlichkeit ein katastrophales Versagen der Sicherheitssysteme und die Freisetzung riesiger Mengen an Radioaktivität die Folge. Bei einem deutschen Atomkraftwerk wäre die Katastrophe wegen der weit höheren Besiedlungsdichte noch verheerender als die Katastrophe von Tschernobyl - viele Millionen Menschen müssten aus weiten Gebieten Deutschlands auf Dauer evakuiert werden. Diese Gefahr sieht jeder Fachmann. Die Reaktorsicherheitskommission muss nun endlich der Öffentlichkeit ungeschminkt über die Wirkung solcher Flugzeugabstürze berichten. Die politische Konsequenz wäre klar: Atomkraftwerke gehören abgeschaltet."

Für Rückfragen: Renate Backhaus,  
Atomexpertin im BUND-Bundesvorstand, Tel.  
04131-61662, Prof. Klaus Traube,  
Atomexperte des BUND, Tel. 06171-25815,  
BUND-Pressestelle: Rüdiger Rosenthal, Tel.  
030-27586425, eMail: presse@bund.net,  
www.bund.net

=====

**BUND-Studie: Gentechnische  
Verunreinigung beseitigt  
Wahlfreiheit für Verbraucher -  
Parteien zum Handeln aufgefordert**

"Die Bundestagswahl wird zur Grundsatzentscheidung darüber, ob es auch weiterhin bei uns noch gentech-freie Lebensmittel zu kaufen gibt oder nicht. Ob Babynahrung, Bioprodukte oder ganz normale Lebensmittel aus dem Supermarkt - wenn die Parteien nicht schnell handeln, werden all diese Produkte in wenigen Jahren gentechnisch verunreinigt sein."

So sieht Doris Tropper, stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende, die Wirkungen der sogenannten Grünen Gentechnik.

Eine Studie im Auftrag des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat jetzt ergeben, dass die stetige gentechnische Verunreinigung der Nahrungskette die Wahlmöglichkeit der Konsumenten zum Kauf gentech-freier Produkte zu beseitigen droht.

Die Studie "Bleibt in Deutschland bei zunehmendem Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion die Wahlfreiheit auf GVO-unbelastete Nahrung erhalten?" wurde im Auftrag des BUND vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau Berlin (FiBL) und dem Öko-Institut Freiburg angefertigt.

Es wurden drei Szenarien untersucht: Im Szenario "Bei uns nicht" bleibt das seit Oktober 1998 in der EU bestehende Moratorium auf Neuzulassungen gentechnisch veränderter Pflanzen bestehen, die GVO-Anbaufläche (GVO gentechnisch veränderte Organismen) in Nord- und Südamerika wird nur wenig ausgeweitet und die Lebensmittelindustrie

produziert weiter mit Rohstoffen, die von konventionellen Pflanzen stammen.

In diesem Fall bleibt es beim Ist-Zustand: Das heißt, in verarbeiteten Produkten, die Zutaten aus Mais, Soja oder Raps enthalten, kann die absolute Gentechnikfreiheit nicht garantiert werden, wenn nicht sorgfältig auf die Herkunft der Rohstoffe und die Trennung der Warenströme geachtet wird. Deshalb sind in diesem Szenario dringende Verbesserungen bei Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Trennung der Warenströme notwendig.

Im Szenario "Anbau mit Auflagen" ist das Moratorium gefallen, international weitet sich die Gentech-Anbaufläche aus und mit neuen Gesetzen wird versucht die Gen-Kontamination einzudämmen. In diesem Fall kann die Verunreinigung im Bereich von einem Prozent gehalten werden. Die Wahlfreiheit der Konsumenten wird aufgeweicht, da Verunreinigungen bis zu einem Prozent bei Lebens- und Futtermitteln sowie bei Saatgut nicht kennzeichnungspflichtig wären. Für die Einhaltung der Ein-Prozent-Grenze für gentechnische Kontaminationen sind Abstandsregelungen beim Anbau, Rückverfolgbarkeits- und Kennzeichnungsnormen sowie die konsequente Trennung der Warenströme notwendig. Die Einhaltung dieser Maßnahmen sowie deren Kontrolle verursachen erhöhte Kosten, die je nach Nutzpflanze und Bewirtschaftungsweise bis zu 20 Prozent betragen können.

Beim Szenario "Gentechnik ohne Grenzen" fällt ebenfalls das Moratorium, die Anbaufläche in Europa und weltweit wächst, neue Normen zur Begrenzung der Kontamination werden jedoch nicht geschaffen. In diesem Fall ist die Wahlfreiheit akut gefährdet, selbst ein Schwellenwert von einem Prozent wäre bei zunehmender Verunreinigung der gesamten Nahrungsmittelkette nur unter erheblichem Aufwand zu garantieren. Die Folge ist, dass auch die Produktion von Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Bestandteilen unterhalb der Ein-Prozent-Grenze teurer wird. Preissteigerungen werden insbesondere den Ökolandbau treffen, der per Gesetz zur strikten Gentech-Freiheit verpflichtet ist. Produzenten, die weiter nur geringfügig verunreinigte Lebensmittel anbieten wollen

und Konsumenten haben bei diesen Produkten mit drastischen Preissteigerungen zu rechnen.

Julia Meier vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau Berlin (FiBL): "Je mehr der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen zunimmt, desto stärker sinkt die Möglichkeit, sich gentech-frei zu ernähren. Im Szenario eins und zwei ist die Wahlfreiheit noch gegeben, im dritten Szenario wird sie nahezu unmöglich."

Doris Tropper, stellvertretende BUND-Bundesvorsitzende: "Jetzt sind die Parteien gefordert, die Gentech-Freiheit in Lebensmitteln zu sichern. Die Bundesregierung muss umgehend einen Maßnahmenkatalog vorlegen, der Hersteller und Nutzer gentechnisch veränderter Organismen verpflichtet, ihre Produkte aus der Nahrungskette herauszuhalten. Saatgut, Futter- und Lebensmittel dürfen nicht gentechnisch verunreinigt werden. Für diejenigen, die keine Gentechnik im Essen haben wollen, muss die Wahlfreiheit gewährleistet bleiben."

Gentechnische Verschmutzungen durch Pollenflug oder die unzureichende Trennung der Warenströme bei Transport und Verarbeitung gefährden bereits jetzt die Gentech-Freiheit der Produkte. Auf EU-Ebene wird derzeit an neuen Schwellenwerten und Kennzeichnungsregeln bei gentechnischen Kontaminationen gearbeitet.

Bei Rückfragen: Rüdiger Rosenthal, BUND-  
Pressestelle, Tel. 030-27586-425/ -464, Fax:  
-449; Mobil: 0171-8311051, E-Mail:  
presse@bund.net, Internet: www.bund.net

=====

**Deutscher Naturschutzring: Proporz  
statt Unabhängigkeit Skandalöse  
Besetzung der neuen EU-Behörde für  
Lebensmittelsicherheit  
Von Dorothee Dick, DNR**

Schnell und effizient soll sie Informationen über Futtermittelskandale verbreiten und zugleich Beispiel gebend für Transparenz, wissenschaftliche Beratung und seriösen Information sein: Nach den Skandalen mit Hormon-Schweinen, Nitrofen-Hühnern und BSE-Kühen richteten sich viele Hoffnungen

auf die neu gebildete EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EBLS), die der Rat der Agrarminister Anfang des Jahres aus der Taufe gehoben hat und die noch in diesem Jahre ihre Arbeit aufnehmen soll. Doch inzwischen kam es bereits zu einem handfesten Streit zwischen den Verbraucherschützern und den EU-Botschaftern über deren Besetzung.

EBLS darf informieren, aber nicht kontrollieren Ausgehend von der Erkenntnis, dass die Risikobewertung, die Veröffentlichung und das Risikomanagement getrennt werden müssen, ist die neue Lebensmittelbehörde nur zur Identifikation von Risiken zuständig und verfügt über weder über gesetzgeberische Kompetenzen, noch ist sie mit Exekutivrechten ausgestattet. Diese liegen weiterhin bei der EU-Kommission. Die Effizienz der neuen Behörde wird also stark davon abhängen, inwieweit sie ihre Unabhängigkeit bewahren kann.

Die wichtigsten Aufgaben der EBLS sind die Beratung der EU-Organen in allen Bereichen, die direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Sicherheit von Lebens- oder Futtermitteln haben, die Aufklärung über Risiken innerhalb der Nahrungskette und die Moderation und Koordination ähnlicher EU-Einrichtungen für Lebensmittelsicherheit. Sie soll dabei eng mit den nationalen Lebensmittelbehörden zusammenarbeiten, um den Erfahrungsaustausch unter Experten zu befördern. Geplant ist auch die Veröffentlichung der gewonnenen Erkenntnisse über eine dafür eingerichtete Internetseite.

Die EBLS soll zwar auch Informationen über Futtermittelskandale über ein Schnellwarnsystem europaweit verbreiten, sie kann jedoch keine Maßnahmen gegen die Verbreitung verseuchter Lebensmittel ergreifen.

EBLS-Verwaltungsrat lässt Verbraucherschützer außen vor Die Verbraucherlobby ist empört über die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Lebensmittelbehörde, auf die sich die EU-Botschafter geeinigt hatten. Demnach haben die Verbraucherschützer nur einen einzigen Sitz, während Agrarwirtschaft und Industrie mit zwei beziehungsweise drei Delegierten vertreten sind. Regierungsabhängige Funktionäre beanspruchen drei Sitze. Der

Verwaltungsausschuss ernennt den geschäftsführenden Direktor nach Vorschlag der EU-Kommission und ist für die Administration zuständig. Er besteht aus 14 Mitgliedern und einem Vertreter der EU-Kommission. Die Mitglieder werden vom Ministerrat in Abstimmung mit dem Europäischen Parlament aus einer Vorschlagsliste der EU-Kommission berufen. Die Regierungen waren vor allem daran interessiert, bei der Besetzung das letzte Wort zu behalten. Zunächst hatte die EU-Kommission aus Hunderten von Bewerbungen 30 Namen ausgewählt. Diese Liste wurde vom Europäischen Parlament auf 17 Namen gekürzt. Beide Listen gingen an die Vertreter der EU-Regierungen in Brüssel, die unter dem Gesichtspunkt der Proporz noch einmal prüften und einige Namen austauschten.

Bürokraten und Wirtschafts-Lobbyisten geben den Kurs an. Am Ende dieser Prozedur hatte sich die Liste an einigen entscheidenden Stellen verändert: Hatten die Abgeordneten mit der Französin Marie-Jose Nicoli, dem Niederländer Frans Schuring und der Engländerin Deirdre Hutton insgesamt drei Vertreter von Verbraucherschutzorganisationen normiert, blieb nach der Endauswahl nur noch Deirdre Hutton vom britischen "National Consumer Council" übrig. Frans Schuring vom niederländischen "Consumentenbond" dagegen musste seinen Platz mit seinem Landsmann Bart Sangster vom Industriekonzern Unilever tauschen. Und statt

Marie-Jose Nicoli zog Catherine Geslain-Laneele vom Pariser Agrarministerium in den Verwaltungsrat ein. Sie stieß auch noch Gerard Pascal, den obersten wissenschaftlichen Berater der EU, von der Liste.

Auch die deutschen Verbraucherschützer hatten das Nachsehen. Auf der ursprünglichen Liste der Kommission hatte auch der Name von Edda Müller gestanden, der Präsidentin des Verbraucherzentralen-Bundesverbandes vzbv. Doch als deutscher Vertreter wird nun Mathias Hors im Verwaltungsrat sitzen, der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie und Vorstand des Absatzförderungsfonds der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft ist.

Ob eine Lebensmittelbehörde, die von Wirtschafts-Lobbyisten und EU-Funktionären beherrscht wird, ihrer Aufgabe die Verbraucher unabhängig zu informieren gerecht werden kann, bezweifeln nicht nur Umwelt- und Verbraucherschützer. Doch wesentliche Änderungen sind trotz des vehementen Protests der Verbraucherschützer kaum noch vorstellbar. Die EU-Botschafter haben das Personalpaket so fest geschnürt, dass es auf der Tagesordnung des nächsten Treffens des Ministerrats als sogenannter "A-Punkt" firmiert, der ohne Aussprache beschlossen wird. Mit dem ursprünglichen Anliegen der Mitgliedstaaten, durch die Behörde mehr Transparenz und Sicherheit zu schaffen, hat das wenig zu tun.

Antrag an den 8. Parteitag der PDS,  
erste Tagung

Antragssteller: Ökologische Plattform  
und Eva Bulling - Schröter

### **Klima- und Hochwasserschutz**

Der Parteitag möge beschließen: Die PDS hat sich konstituiert als die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der

Gleichstellung der Geschlechter – als antikapitalistische Partei. Die PDS setzt sich aus diesem Grund mit gleicher Kraft für einen grundlegenden ökologischen Umbau der Gesellschaft ein. Angesichts des beginnenden Klimawandels, des weltweiten Artensterbens, der Vernichtung unwiederbringlicher Naturschätze oder des Raubbaus und der Übernutzung natürlicher Ressourcen ist es eine Überlebensfrage, die natürlichen Lebensgrundlagen weltweit und natürlich auch in Deutschland zu schützen bzw. wieder herzustellen. In diesen Auseinandersetzungen, die eine hohe soziale

Relevanz haben, gilt es, das Profil der PDS deutlich zu schärfen.

Die Hochwasserkatastrophen dieses Sommers in Deutschland, Tschechien, Österreich und China haben Menschenleben gefordert, gewaltige Schäden hinterlassen und Existenzen vernichtet. Es ist sicher, dass die Eingriffe des Menschen in den Lauf der Flüsse und die Versiegelung der Böden die Auswirkungen dieser Katastrophen verschärfen. Es ist weiterhin sicher, dass der hauptsächlich durch den Menschen verursachte Klimawandel Hochwässer begünstigt und es liegt nahe, dass der begonnene Klimawandel auch Einfluss auf die diesjährigen Hochwässer gehabt haben könnte. Aus diesen Gründen fordert die PDS Ziele und Schritte zur drastischen Verminderung des Ausstoßes von Klimagasen und zur Abmilderung der Folgen des Klimawandels, insbesondere beim präventiven Hochwasserschutz. Sie fordert konkret:

1. die Reduktion der Klimagasemissionen in Deutschland bis 2050 um 80 bis 90 Prozent, damit weltweit eine Reduzierung um mindestens 50 Prozent möglich wird und gleichzeitig arme Staaten einen Entwicklungsspielraum bekommen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das eigene Klimaschutzziel von 25 Prozent weniger CO<sub>2</sub> bis 2005 gegenüber 1990 einzuhalten und bis 2020 die Emissionen aller Klimagase, ausgedrückt in CO<sub>2</sub>-Äquivalent, um 40 Prozent zu reduzieren.
2. die Einleitung einer Verkehrswende mit den Bestandteilen:
  - Vermeidung und Verminderung der Verkehrsströme durch Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen sowie durch Anreize zu Verhaltensänderungen,
  - Ausbau des ÖPNV und der Bahn in der Fläche,
  - Verlagerung der Straßentransporte auf die Schiene und den ökologisch verträglichen Wassertransport,
  - Einführung der Flugbenzinbesteuerung auf europäischer Ebene,

- nachvollziehbare und konsequente ökologische Bewertung aller neuen Verkehrsbauten innerhalb eines neuen Bundesverkehrswegeplanes.

3. bis zum Jahr 2050 die Stromproduktion vollständig auf der Basis erneuerbarer Energien zu realisieren und den Primärenergieverbrauch überwiegend auf regenerative Energieträger umzustellen. Die PDS ist zudem für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Auf dem Weg zur Solarwirtschaft werden Kohle und Gas weiterhin ihren Platz haben. Dabei sind insbesondere Brückentechnologien, wie die Kraft-Wärme-Kopplung und hocheffiziente GuD-Anlagen zu fördern. Für die Industriestaaten muß die permanente Energieeinsparung Grundlage jedes Energiemixes sein. Dabei sind neben den Einsparungen im Verkehrsbereich insbesondere die Wärmedämmung und die Erhöhung der Energieeffizienz in anderen Anwendungen sowie in der Energieumwandlung notwendig.

4. ein Neugestaltung der Ökologischen Steuerreform (ÖSR). Diese muß folgende Kernpunkte beinhalten:

- Ein sozialer Ausgleich für untere Einkommensgruppen muß selbstverständlicher Bestandteil jeder ökologischen Steuerreform sein. Die soziale Abfederung der Ökosteuern soll über Instrumente wie Steuerermäßigungen für niedrige Einkommen, Finanzierungszuschüsse für Job- und Arbeitslosentickets sowie für Energiesparinvestitionen im Haushalt, die Verbilligung der BahnCard und Ausweitung der Wochenend-Tickets, Bafög-Erhöhungen, Heizölzuschüsse, Wohngelderhöhungen sowie über die Erhöhung der Regelsätze für Sozialhilfe u.a.m. zu erfolgen.
- Die Einnahmen aus der Erhebung von Ökosteuern sind zur Finanzierung eines ökologischen Umbauprogramms zu verwenden. An den Einnahmen des Bundes sind die Länder und Gemeinden

so zu beteiligen, daß größtmögliche Effekte für den ökologischen Umbau und für die Schaffung von Arbeitsplätzen entstehen.

- Regenerative Energien sind von der Ökosteuer systematisch zu befreien, auf Atomenergie ist ein Risikozuschlag zu erheben
- innerhalb der europäischen Union ist eine EU-weite Besteuerung von Primärenergieträgern anzustreben, die mittelfristig die jetzige Besteuerung von einzelnen Energieerzeugnissen ersetzt. Somit wirken die Kosten dieser Steuer wettbewerbsneutral durch alle Wirtschaftsbereiche, womit der ökologische Lenkungseffekt der ÖSR deutlich erhöht wird.
- Alternativ zur Primärenergiesteuer wäre auch eine Mengenregulierung auf europäischer Ebene denkbar, die mittels einer Limitierung von Verkaufsrechten, z.B. bei Raffinerien, Gasimporteuren und Kohlegroßhändlern, ähnliche Effekte wie eine Primärenergiesteuer erzielen könnte.

5. jede weitere Begradigung und Kanalisierung von Flüssen und Strömen abzulehnen. Die Binnenschiffe müssen an die Flüsse angepasst werden und nicht umgekehrt die Flüsse immer stärker ausgeschachtet werden, damit sie von immer größeren Kähnen befahren werden können. Insbesondere sind die Pläne für einen Ausbau der Elbe, wie sie von Bundesverkehrsminister Bodewig auch nach der Flutwasserkatastrophe gefordert wird, abzulehnen. Die Ausbaupläne bzw. -maßnahmen an Saale, Havel und Oder sind zu stoppen.

6. einen neuen Ansatz in der Hochwasserprävention. Natürliche Überschwemmungsgebiete, die Hochwässer aufnehmen und speichern können, sind von Bebauung freizuhalten und nach Möglichkeit zurückzugewinnen. Ein Programm zur Renaturierung von Fließgewässern ein Auwaldprogramm sollen dies unterstützen. Die entwaldeten Berghänge längs der tschechischen

Grenze zu Deutschland sollten gemeinsam mit unserem Nachbarland soweit wie möglich wieder aufgeforstet werden.

Das Bundesnaturschutzgesetz und das Bodenschutzgesetz sind so zu novellieren, daß als Steuerungsmittel Entsiegelungsgebote für nicht mehr benötigte Flächen und Versiegelungsabgaben bei der Bebauung von bisher unversiegelten Flächen möglich werden. Der Kiesabbau in Talräumen und Überschwemmungsgebieten ist zu unterbinden, um dem Wasser nicht weitere Versickerungsmöglichkeiten zu entziehen. Einkaufsflächen auf der grünen Wiese sind grundsätzlich in Frage zu stellen – sie bedeuten nicht nur weitere groß angelegte Versiegelungen; mit ihnen werden gleichzeitig Einkaufsmöglichkeiten im Nahbereich und die damit verbundenen Arbeitsplätze zerstört, gleichzeitig werden damit zusätzliche Verkehrsleistungen induziert. Notwendig ist zudem eine Beseitigung bzw. Stilllegung von Industrieanlagen, Deponien und Endlagern sowie Kernkraftwerken in überschwemmungsgefährdeten Gebieten.

### **Begründung:**

Schlimme Überflutungen gab es schon früher. Die alten Hochwassermarken zeugen davon. Dennoch machen die Menschen und ihre Politik solche Katastrophen immer wahrscheinlicher und verschlimmern ihre Folgen. Es sind im wesentlichen zwei Ebenen der Mitverantwortung: Erstens, durch die fortwährenden Eingriffe in den Lauf der Flüsse und Ströme sowie Flächenversiegelungen, und zweitens durch den menschliche Beitrag zum Klimawandel.

Seit Jahrzehnten wurden der Wasserlauf von Moldau und Elbe und deren Nebenflüssen – ebenso wie fast alle größeren Flüsse in Europa – begradigt, kanalisiert und eingeeignet; es wurden Auwälder und andere natürliche Überschwemmungsgebiete beseitigt und als neue Siedlungsgebiete oder

Ackerland ausgewiesen. Der Klimawandel vergrößert die Überschwemmungsgefahren: Die durch den Menschen verursachten Konzentrationszunahmen der Treibhausgase haben zu einer zusätzlichen Aufheizung der Atmosphäre geführt. Seit 1750 ist der Kohlendioxid-Anteil um 31 Prozent, der des Methans gar um 145 Prozent gewachsen. Der gegenwärtige CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre wurde in den vergangenen 420.000 Jahren nicht überschritten, soweit sind sich die Wissenschaftler von der Klimakommission der Vereinten Nationen (IPPC), die die besten Klimaforscher der Welt vereinigt, sicher. Die Zeitspanne ist identisch mit den ältesten antarktischen Eismassen, die bis heute nicht geschmolzen sind und aus dehnen sich Eisbohrkerne ziehen lassen, die genau Auskunft über die damalige Atmosphäre geben. Mit Hilfe anderer Verfahren kann – etwas weniger genau – noch weiter in die Erdgeschichte geblickt werden. Demnach ist es wahrscheinlich dass sogar in den letzten 20 Millionen Jahren immer weniger CO<sub>2</sub> in der Luft war, als jetzt. Zudem sind die aktuellen Zuwachsraten der CO<sub>2</sub>-Konzentration in den vergangenen 20.000 Jahren nie erreicht worden. Die Folgen: In den letzten 100 Jahren kletterte die bodennahe Weltmitteltemperatur um 0,6 Grad. In der von Wissenschaftlern untersuchten Periode von 1.000 Jahren gab es keinen derart schnellen Temperaturanstieg, wie in den letzten 100 Jahren, davon waren wiederum die 90er Jahre die Wärmsten. Im globalen Mittel ist der Meeresspiegel im zwanzigsten Jahrhundert um 10 bis 20 cm gestiegen. Laut IPPC ist mit einer weiteren Erwärmung zu rechnen, sollte der Ausstoß von Klimagasen nicht drastisch reduziert werden. Die Temperatur würde in den nächsten 100 Jahren um zwischen 1,4 und 5,8 Grad, der Meeresspiegel um rund einen halben Meter ansteigen.

Das Wechselspiel der einzelnen, manchmal gegenläufigen Prozesse ist noch nicht genau verstanden. Unklar ist für viele Bereiche aber nur, was konkret im Einzelnen für eine bestimmte Region von der Erhöhung der Welttemperatur zu erwarten ist. Dass es aber ohne eine Reduzierung der anthropogenen Treibhausgase zu gravierenden klimatischen Veränderung mit katastrophalen

Auswirkungen für Mensch und Umwelt kommen wird, ist hingegen wissenschaftlich gesichert. So wie nicht jeder Lungenkrebs eines Rauchers eindeutig auf das Rauchen zurückzuführen ist – schließlich sterben auch Nichtraucher an dem Karzinom – ist es methodisch unmöglich, die einzelne Überschwemmungen als eindeutiges Ergebnis des Klimawandels darzustellen. Aber das Rauchen den Lungenkrebs sehr begünstigt, ist ebenso gesichert, wie die Zunahme von Extremereignissen durch die Auswirkungen des Treibhauseffekts.

Diesen Zusammenhang stützt auch die Einschätzung der UN-Klimakommission IPPC. Sie prognostiziert, dass die Niederschläge über den Landflächen der Nordhemisphäre in diesem Jahrhundert intensiv zunehmen werden, und zwar mit einer Sicherheit zwischen 90 und 99 Prozent. Zudem stehe der Klimawandel nicht bevor, sondern er habe schon begonnen.

Durch die Förderung der regenerativen Energieträger und Rohstoffe sowie durch die Verkehrswende wollen wir nicht nur den Klimawandel entgegen treten. Durch den ökologischen Umbau werden auch regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten unterstützt und Beschäftigungsimpulse insbesondere im mittelständischen Sektor ausgelöst.

Die ökologische Steuerreform benötigt neben der Erhöhung der ökologischen Wirkung eine soziale Balance. Wer ökologisch handelt, für den muss sich das auch finanziell lohnen.. Eine ökologische Steuerreform muß zwei Hauptkriterien erfüllen: sie muß ökologisch wirksam und sozial gerecht sein. Die rotgrüne Ökosteuer erfüllt diese Kriterien nicht. Soweit die zusätzliche Steuerbelastung der Unternehmen des produzierenden Gewerbes auf Strom und Heizstoffe jeweils 500 € im Jahr übersteigt, gelten dafür auf 20 Prozent ermäßigte Ökosteuersätze. Die Stromsteuern bekommen sie zudem zurück, soweit zusätzliche Steuerzahlungen die Entlastung beim Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung um mehr als 20 Prozent übersteigen. Die Unternehmen – hier gibt es die größten Energieverbraucher - verdienen aber praktisch unbegrenzt an der Senkung

der Lohnnebenkosten. Am Ende werden sie dadurch Netto mit rund 1,2 Milliarden € im Jahr entlastet. Bei RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen und StudentInnen entfällt dagegen jeglicher Ausgleich. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, wogegen der Anreizeffekt für den ökologischen Umbau gegen Null tendiert. Der leichte Rückgang des Kraftstoffverbrauchs in den letzten zwei Jahren ist überwiegend den gestiegenen OPEC-Preisen und dem Dollarkurs geschuldet.

Auch in Zukunft muss mit Überschwemmungen gerechnet werden. Daher sind vielfältige Schritte nötig, um die Folgen zu mindern. Dazu gehört unter anderem, die ökonomisch und ökologisch unsinnigen Ausbauten von Elbe, Oder und anderen Flüssen zu unterlassen, die für die Orte in Flussnähe eine extreme Sicherheitsgefahr darstellen. Das gilt auch für Flussbegradigungen und Staustufen in der Donau und ähnlich gelagerte Maßnahmen an anderen Flüssen. Dort, wo es sinnvoll ist, müssen natürliche Flussläufe wiederhergestellt und Ausweichmöglichkeiten für Hochwasser geschaffen werden, aber auch Deiche sind zu erneuern.

Jeden Tag werden in Deutschland weiterer 130 Hektar zubetoniert und bebaut. Diese tägliche Landnahme ist drastisch zu reduzieren; die Landschaften müssen wieder in die Lage versetzt werden, bei extremen Regenfällen viel Wasser speichern zu können. Dazu sind unter anderem intakte Berg- und Auenwälder erforderlich.

=====

**Antrag an den 8. Parteitag der PDS,  
1. Tagung**  
**Antragsteller: Ökologische Plattform**

**Die Regenwälder erhalten**

Der Parteitag möge beschließen:

1. Bundesvorstand und Bundestagsfraktion fordern die Bundesregierung auf, ihren internationalen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß wirksame Maßnahmen zum Stop der Abholzung der Regenwälder eingeleitet werden.

Mit der Einführung einer ausreichend hohen Importsteuer für Tropenholz könnte kurzfristig begonnen werden.

2. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusätzliche Gelder bereit zu stellen, mit denen für die landlose Bevölkerung in den Tropenwaldgebieten andere Existenzmöglichkeiten geschaffen werden können.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Etat für Entwicklungszusammenarbeit auf die von der UNO geforderte Höhe von 0,7% des Bruttosozialprodukts aufzustocken und Teile davon für vorgenannte Ziele einzusetzen.

#### **Begründung:**

In großen Dimensionen wird Tropenwald vernichtet. Allein im brasilianischen Regenwald wird alle 90 Minuten ein Gebiet von der Größe Kölns gerodet. Insgesamt verliert die Erde jährlich 160 000 km<sup>2</sup> an Urwäldern.

Das Abbrennen der Wälder trägt derzeit mit ungefähr 15% zur Erwärmung des Erdklimas bei. Der in den Regenwäldern gespeicherte Kohlenstoff entspricht, würde er freigesetzt, ungefähr der Menge von 70 Jahren Kohlendioxid ausstoß des derzeitigen globalen Ausmaßes.

50-70 % aller Tier- und Pflanzenarten der Erde leben in den tropischen Regenwäldern. Von der geschätzten Gesamtzahl von 10 Millionen Tier- und Pflanzenarten sterben derzeit 300-400 täglich aus.

Ein von der brasilianischen Regierung aufgelegtes Programm zur Ausbeutung der Regenwaldregion in den nächsten 5 Jahren wird von internationalen Umweltschutzorganisationen als "letzter, ultimativer Angriff" auf Amazonien bezeichnet. Dieser Zerstörungsprozeß muß gestoppt werden.

Partei des Demokratischen Sozialismus Landesverband Brandenburg

**Betrifft: Zeit für die Oder**

## **Offener Brief an die Kreisverbände der Oder-anliegenden Kreise Brandenburgs**

Es sind genau 5 Jahre vergangen, seit das Sommerhochwasser, auch Oderflut genannt, das Flusssystem der Oder in den Blickwinkel einer großen Öffentlichkeit lenkte. Es kamen in Polen und Tschechien 58 Menschen ums Leben und es entstanden Schäden in Milliardenhöhe. Damals wurde auch gesagt: "Gebt dem Fluss sein Flussgebiet zurück!" Von Anfang an waren die Umweltverbände kritische Begleiter bei der Sanierung der Deiche und bei der Entstehung von Konzepten zur Entwicklung der Oderregion. Für die AG Umwelt war das Hochwasser ebenso Anlass sich mit der Oder zu beschäftigen. Die jetzt geplanten Maßnahmen rücken die Oder wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Durch die Einrichtung des Nationalparks "Unteres Odertal" ist der Naturschutzwert an der Oder weltweit bekannt geworden. Neben ihrer ökologischen Bedeutung, erfüllt die Oder weitere Funktionen, zum Beispiel

- als Wasserstraße
- als Vorfluter
- als Grundlage für Wirtschaft und Landwirtschaft und
- als Erholungsgebiet.

Bei allen Entscheidungen sind diese Funktionen gegeneinander und miteinander abzuwägen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Oder auch Grenzfluss ist. Wir treten dafür ein, dem Schutz, der Entwicklung und dem Erhalt der Fluss- und Auensysteme an der Oder und der langfristigen Sicherung der ökologischen Prozesse im Einzugsgebiet der Oder einen hohen Stellenwert beizumessen. Dies bildet die Grundlage für eine nachhaltige Regionalentwicklung an der Oder in Verbindung von Naturschutz, wirtschaftlicher Entwicklung, Landwirtschaft, Hochwasserschutz, Erholungsnutzung und Siedlungsentwicklung. Auch für das Odergebiet gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit: keine Maßnahme darf sich negativ auf Ökologie, Ökonomie und soziale Belange auswirken. Das ist gültiges deutsches Recht.

### **Zum beabsichtigten Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße**

Wir treten für den Erhalt der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße ein, weil Kanalschifffahrt immer ökologisch günstiger ist als Flussschifffahrt.

Das beinhaltet neben den laufenden Unterhaltungsmaßnahmen auch eine naturschutzfachlich unbedenkliche Modernisierung.

Wir halten aber den gegenwärtig vorgesehenen Ausbau auf 4,5 m Wassertiefe und 55 m Breite mit sterilen Steinschüttungen als Uferbefestigung für nicht vertretbar. Außerdem führt der Kanal auf 10 km Länge durch den Nationalpark, teilweise sogar durch Totalreservate. Die Erweiterung des Kanals stünde dem Nationalparkgedanken völlig entgegen. Das Naturschutzrecht schreibt vor, dass ein Eingriff zu unterlassen ist, wenn er vermeidbar ist. Vermeidbar ist ein Eingriff dann, wenn das Ziel der dazu gehörigen Maßnahme anderweitig erreicht werden kann oder wenn die Maßnahme insgesamt nicht notwendig ist. Nach unserer Auffassung ist der aufwändige Kanalausbau nördlich von Schwedt nicht erforderlich. Der Kanal in seinem gegenwärtigen Ausbauzustand ermöglicht bereits eine Vervielfachung der Transportmenge. Solange die Transportzahlen von vor 1989 nicht annähernd erreicht werden, brauchen wir über einen Ausbau von Wasserstraßen nicht weiter zu diskutieren. (1988 wurden an den Oderhäfen Eisenhüttenstadt, Frankfurt /Oder und Schwedt über 6 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Hinzu kommen noch zahlreiche Transporte ohne Hafenaufenthalt.) Der vorgesehene Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße ist in unseren Augen eine gigantische Vernichtung von Steuermitteln, denn den Nachweis des wirtschaftlichen Nutzens ist man bisher schuldig geblieben. Außerdem ist die Rechnung wie auch beim Ausbau des Hafens Schwedt ohne den polnischen Nachbarn gemacht. Für die PDS sollte politisch sparsamer Umgang mit Steuermitteln, Einsatz von öffentlichen Mitteln bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, die im Sinne der Nachhaltigkeit vertretbar sind und solidarisches Verhalten gegenüber unseren Nachbarn und gegenüber späteren Generationen zusammengehören. Laßt uns die Konflikte, die dieser komplexen Betrachtung innewohnen, aussprechen und gemeinsam Lösungen finden, die einer sozialistischen Partei würdig sind!

AG Umwelt beim Landesverband der PDS Brandenburg

als Vertreter

Elke Apelt

Peter Engert

Karin Lück

## Hochwasserkatastrophen und Klimaschutz Uwe Witt

Weil zunehmend auch in Europa das Wetter verrückt spielt, wird wieder einmal gerätselt: Sind die Hochwasserkatastrophen der letzten Wochen oder die zunehmenden Sturmereignisse Folgen des Klimawandels oder nur statistische Ausrutscher?

Ohne den natürlichen Treibhauseffekt wäre der Globus ein Kühlschranks. Die mittlere Erdtemperatur hätte sich nicht bei plus 15, sondern bei minus 18 Grad eingepegelt. Doch die durch menschliche Aktivitäten, also anthropogen verursachten Konzentrationszunahmen der Treibhausgase haben zu einer zusätzlichen Aufheizung geführt: Seit 1750 ist der Kohlendioxid-Anteil um 31 %, der des Methans gar um 145 % gewachsen. Der gegenwärtige CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre wurde in den vergangenen 420.000 Jahren nicht überschritten, wahrscheinlich auch nicht in den letzten 20 Millionen Jahren. Die aktuellen Zuwachsraten der CO<sub>2</sub>-Konzentration sind in den vergangenen 20.000 Jahren nie erreicht worden. Die Folgen: In den letzten 100 Jahren kletterte die bodennahe Weltmitteltemperatur um 0,6 Grad. In der von Wissenschaftlern untersuchten Periode von 1.000 Jahren gab es keinen derart schnellen Temperaturanstieg, wie in den letzten 100 Jahren, davon waren wiederum die 90er die

Wärmsten. Im globalen Mittel ist der Meeresspiegel im zwanzigsten Jahrhundert um 10 bis 20 cm gestiegen.

Laut Klimakommission der Vereinten Nationen (IPCC) ist mit einer weiteren Erwärmung zu rechnen, sollte der Ausstoß von Klimagasen nicht drastisch reduziert werden. Die Temperatur würde in den nächsten 100 Jahren um zwischen 1,4 und 5,8 Grad, der Meeresspiegel um rund einen halben Meter ansteigen.

Wie sich dadurch die klimatischen Bedingungen genau verändern, läßt sich auf Grund der hohen Komplexität der Wetterküche schwer vorhersagen. So könnte es neben Erwärmungen auch regionale Abkühlungen geben, weil sich der Wärmetransport durch die Meeresströmungen verändert. Infolge von Erwärmungen würden Klimazonen um hunderte Kilometer hin zu den Polen wandern. Wüstenbildung und Versteppung sind mögliche Folgen. Es müsste mit einer Zunahme von Temperaturdifferenzen und dadurch mit mehr Stürmen gerechnet werden.

Das Wechselspiel der einzelnen, manchmal gegenläufigen Prozesse ist noch nicht genau verstanden. Unklar ist aber nur, was konkret im Einzelnen für eine bestimmte Region von der Erhöhung der Welttemperatur zu erwarten ist. Dass es aber ohne eine Reduzierung der anthropogenen Treibhausgase zu gravierenden klimatischen Veränderung mit katastrophalen

Auswirkungen für Mensch und Umwelt kommen wird, ist hingegen wissenschaftlich gesichert. Genauso gesichert, wie die aktuellsten Einschätzungen des IPCC, die davon ausgehen, dass der Klimawandel nicht bevorsteht, sondern schon begonnen hat.

Zusammenfassend ist es zwar naheliegend, dass die aktuellen Wetterkapriolen mit dem Treibhauseffekt zu tun haben. Eine eindeutige, quasi mathematische Zuordnung, ist aber nicht möglich. Kurzfristige Wetterereignisse lassen sich einfach nicht wissenschaftlich seriös als Langzeitbetrachtungen hochrechnen. Weil aber die Erderwärmung der letzten Jahrzehnte mit einer hohen Wahrscheinlichkeit vom Menschen verursacht wurde und ein drastischer Klimawandel bei einem „weiter so, wie bisher“ mit über 90 Prozent als sicher gilt, ist die Politik verpflichtet, darauf zu reagieren.

Vor allem ist eine Energie- und Verkehrswende notwendig. Rund 80 Prozent weniger Klimagase bis 2050, dies ist die Zielmarke für die Industriestaaten, den Hauptemittenten der Klimakiller. Energieeinsparung und Umstieg auf erneuerbare Energiequellen sind die Mittel dafür. CDU/CSU wollen allerdings den Ausbau erneuerbarer Energien kürzen. Vor allem bei Wind und Solaranlagen soll gespart werden. Zudem soll die Ökosteuer fallen. Und Freie Fahrt für freie Bürger war schon immer ein bauernfängerischer Wahlslogan von Union und FDP. Doch die Blechflut auf den

Autobahnen hat auch Rot-Grün mit ihrem Autokanzler nicht gebremst. Die Zerschlagung der Bahn in der Fläche wurde beispielsweise nicht gestoppt, sondern eher noch gefördert. Was aber im Falle eines Wahlsieges von Stoiber auf dem Gebiet der Umweltpolitik zu erwarten ist, zeigt allein schon die Tatsache, dass in seinem „Kompetenzteam“ das Ressort Umweltpolitik unbesetzt bleibt.

=====

**Interview von Radio Aktiv Hameln  
mit Eva Bulling-Schröter am 7.8.02.  
Gesendet am 10.8.02**  
(Volltext nach Mitschnitt, geschrieben  
von Dr. Heinz Preuß am 14.8.02)

**Sprecher Radio Aktiv:**

“SPD, CDU, Grüne und FDP, alle waren sie in Hameln mit bundes- und landespolitischer Prominenz. aber auch die lokale PDS hat sich Unterstützung geholt. Zu Gast in Hameln war die PDS-Bundestagsabgeordnete und umweltpolitische Sprecherin Eva Bulling-Schröter. Joachim Stracke sprach mit der Politikerin:”

**Radio-Aktiv:**

“Frau Bulling-Schröter, Sie sind umweltpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion. Rot-Grün hat ja den Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet. Trotzdem ist man ja auf Seiten der Atomkraftgegner nicht grade zufrieden. Hätte man den Ausstieg schneller machen

können?”

**E. B.-S.:**

“Ja, ich bin überzeugt, davon, dass es schneller gegangen wäre. Dieser Atomausstieg, der sogenannte Atomkonsens ist ja für mich eine Verbeugung vor der Atomindustrie. Es wurden im Grunde Mengen festgelegt. Das heißt also, man hat den Betreibern Mengen zugestanden, das heißt also auch: Gewinne. Und dieser Atomausstieg ist auch nicht unumkehrbar. Er dauert uns viel zu lange und wir meinen, es hätte wesentlich schneller gehen müssen. Zudem ja die Grüne Partei immer für einen sofortigen Atomausstieg war.”

**R. A.:**

“Nun sagen die Grünen, es ist ein Kompromiss gewesen. Muss man da nicht ab und zu mal Kompromisse schließen?”

**E. B.-S.:**

“Ich bin sehr für Kompromisse. Nur halte ich diesen für einen faulen Kompromiss. Die Frage wäre für uns auch gewesen, und das ist Position der PDS, ob dieser Atomausstieg erst mal so wie sie es nennen, unentgeltlich stattfindet, oder ob man nicht ‘ne bestimmte Entschädigungsbezahlung gemacht hätte. Ich hätte das für sinnvoller gefunden.”

**R. A.:**

“Die CDU droht, wenn sie gewinnt, wird das wieder umgekehrt werden. Müssen Sie von da her nicht Rot-Grün eher unterstützen?”

**E. B.-S.:**

“Wir machen Wahlkampf für uns, und je stärker die PDS wird, umso stärker, denke ich auch, können fortschrittliche Reformen

durchgesetzt werden. Ich kann Ihnen nur sagen, die CDU braucht momentan nichts zu ändern, denn die AKW haben eine Laufzeit von jeweils 32 Jahren. Das letzte wird voraussichtlich in 20 Jahren frühestens geschlossen. Das heißt, sie haben noch lange Zeit was Anderes zu tun. Was ich viel schlimmer finde, ist die Option der CDU auf weitere AKW, die sie in Betracht zieht. Und das, denke ich, muss auf alle Fälle verhindert werden.”

**R. A.:**

“Aktuell hatten wir wieder einen Störfall, der erst jetzt bekannt geworden ist, im AKW Brunsbüttel. Dort hat es eine kleine Explosion gegeben, von der keiner was bemerkt hat. Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass man eigentlich die Kontrollen auf jeden Fall noch viel verstärkter machen muss?”

**E. B.-S.:**

“Also, erst mal die Kontrollen verstärken und zweitens natürlich auch die Verantwortlichen zur Rechenschaft zwingen. Wir haben im Umweltausschuss des Bundestages darüber diskutiert. Im Dezember war dieser Unfall, im Februar wurde er bekannt. Und wenn man sich mit Sachverständigen unterhält, dann sagen die, es war ein sehr schwerer Unfall. Es hätte zu einem GAU kommen können. Das wird natürlich von verantwortlicher Seite dementiert. Nur, wir sehen: nach wie vor sind AKW nicht sicher, und ich behaupte: sie können auch nicht sicher gemacht werden.”

**R.A.:**

“So wichtig Umweltpolitik natürlich ist - die Menschen interessiert natürlich im Moment

die hohe Arbeitslosigkeit. Innerhalb der SPD diskutiert man derzeit die Hartz-Vorschläge. In der CDU hat man Lothar Späth. Was will die PDS machen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen?"

**E. B.-S.:**

"Wir haben ein Programm aufgelegt für 1,3 Millionen Arbeitslose. Ich kann mal sagen, eine ganz traditionelle Forderung ist immer noch - und das unterstützen die Gewerkschaften - eine Arbeitszeitverkürzung zuerst, aber auch vor allem den Abbau von Überstunden. Hier könnten rechnerisch 800.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Es werden sicher weniger, aber das wäre ein Punkt. Wir brauchen eine Stärkung der Kommunalfinanzen wieder. Es gibt eine ganze Reihe von Kommunen, die sind inzwischen pleite aufgrund der fehlenden Gewerbesteuererinnahmen. Gerade im kommunalen Bereich könnte wesentlich mehr passieren und eine Bündelung von Finanzen, um eben noch mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Auch in der Wärmedämmung, denke ich, wäre eine Möglichkeit."

**R. A.:**

"Nun sagen die Arbeitgeber: wenn die Arbeitszeit noch mehr verkürzt wird, stimmen die Verhältnisse nicht mehr und wandern vielleicht noch mehr nach Osteuropa ab. Dann würde man keine Arbeitsplätze damit schaffen."

**E. B.-S.:**

"Na ja, wissen sie, wir haben das Beispiel in den neuen Bundesländern. Die Löhne sind total niedrig. Wir haben hohe Stundenzahlen.

Und trotzdem wandern Betriebe ab. Also, ganz so kann es nicht sein, wie Sie es hier darstellen. Sondern es kommt auf die Märkte an. Die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben sind sehr qualifiziert. Und wenn die Unternehmen immer von Humankapital reden, von Qualifikation, dann stehen wir in Deutschland wirklich gut da. Es muss die Massenkaufkraft gestärkt werden. Der Einzelhandel schreibt heute in der "Süddeutschen Zeitung", dass Leute entlassen werden sollen, Kolleginnen und Kollegen, und meint auch, wenn die Massenkaufkraft gestärkt wird, wenn die Menschen wieder Perspektiven sehen, dann werden sie auch wieder mehr investieren. Und das kann dann auch wieder Arbeitsplätze schaffen."

**R. A.:**

"Fakt ist aber hier zum Beispiel auch im Weserbergland, dass die sogenannten Global Player, weil die Rendite nicht hoch genug ist, nach Osteuropa abziehen. Was kann man denn dagegen unternehmen?"

**E. B.-S.:**

"Ja, das ist die Frage, wie kann versteuert werden, also Gelder, die ins Ausland fließen, müssen versteuert werden. Das ist eine alte Forderung auch. Das Zweite ist, alternative Arbeitsplätze auch zu suchen. Das ist sehr schwer, aber ich könnte mir vor allem auch im ökologischen Bereich vorstellen, dass hier neue Arbeitsplätze entstehen. Wie ich gehört habe, ist jetzt eine Solarmesse hier für alternative Energien. Und, wenn ich mir Windkraft angucke, da gibt es also

Riesenzahlen. Da werden Leute eingestellt. Die suchen auch Leute. Ich hab's genannt: Ausbau der Bahn, öffentlicher Nahverkehr, alles, was in diesem Bereich Umwelt passiert, könnte auch eine Chance für hier, diese

Region sein."

Sprecher Radio Aktiv:

"Joachim Stracke im Gespräch mit der umweltpolitischen Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Eva Bulling-Schröter."

=====  
„Das Schöne an diesem Buch besteht darin, dass man auf jeder Seite weiß: es handelt sich um eine Utopie, ein Märchen. Aber eben um eine mögliche Utopie, wie sie, heute und hier, Wirklichkeit werden könnte.“ Dt. Allgem. Sonntagsblatt

## **Ernest Callenbachs Ökotopia - ein Roman, der Antworten gibt auf die Frage: Wie wollen wir leben**

von Katja Kipping  
Studentin der Literaturwissenschaften und Landtagsabgeordnete

Hand aufs Herz! Welche Assoziationen haben Sie, wenn Sie *Ökologie* hören? Ja, die Antwort der meisten Menschen auf diese Frage macht deutlich: die Umweltbewegung leidet an einem Imageproblem. *Jesuslatschen, ungepflegte Haare, Körnerfresser, Zurück zu den Pferdekutschen* usw. usf. sind gängige Klischees. Dabei bedeutet die konsequente Ökologisierung einer Gesellschaft mitnichten schnöden Verzicht und Selbstkasteiung. Doch wer kann sich schon vorstellen, dass an die Stelle des heutigen Konsums, der vor allem durch Masse statt durch Klasse geprägt ist, neue Verbrauchsmuster treten, die vorrangig auf Genuss und Nachhaltigkeit abzielen. Wer kann sich schon vorstellen, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft mobil sind - und das ganz und gar ohne Autos?

Wer heutzutage eine halbe Stunde im Wald spazieren geht, gilt als Müßiggänger, wer hingegen von früh bis nachts rackert, um einen Wald abzuholzen, gilt als erfolgreicher Geschäftsmann – ganz gleich, ob er vor lauter Geschäftigkeit seine Familie und Freunde vernachlässigt. Wer kann sich da schon vorstellen, dass ein durchschnittlicher Arbeitstag nur 4 Stunden lang ist, ohne dass die gesamte Wirtschaft zusammen bricht?

Wer einmal *Ökoptopia* gelesen hat, der kann sich all dies und noch viel mehr sehr wohl vorstellen, der hat ein lebhaftes Vorstellung davon, wie der protestantische Arbeitsethos überwunden werden kann, wie die Energieversorgung komplett auf umweltfreundliche Quellen umgestellt wird,

wie eine gesamte Gesellschaft ohne Auto mobil ist, wie Kinder in einer Schule ohne Frontalunterricht, direkt im Schoß der Natur lernen. Dabei erliegt die Leserin<sup>1</sup> jedoch niemals der Illusion, das ökologische Paradies könne quasi über Nacht errichtet werden. Nein, dazu wird der mühsame aber lohnenswerte Weg zur Ökologisierung einer Gesellschaft in den Aufzeichnungen des Journalisten William Weston zu ehrlich wiedergegeben. Der 36jährige New Yorker Journalist William Weston ist sowohl Protagonist als auch Erzähler in dem Roman *Ökoptopia* von Ernest Callenbach. Dieser 1975 erschienene Roman, der auch für die deutsche Umweltbewegung Ende der 70er Jahre zu einem wichtigen Identifikationsroman wurde, spielt im Jahr 1999 und schildert die diplomatische Reise eines Journalisten durch *Ökoptopia*.

Der literarische Text besteht zum einem aus für die amerikanische Öffentlichkeit bestimmten Zeitungsreportagen über die Politik des Staates *Ökoptopia*, welcher – so die Fiktion – sich 1980 von den USA abgespalten hat. Wobei deutlich wird, wie die Lebensweise in *Ökoptopia* aus der wissenschaftlich begründeten Erkenntnis über die Kreisläufe in der Natur resultiert. Infolgedessen ist auch die gesamte Abfallwirtschaft und verarbeitende Industrie auf Recycling Prozessen aufgebaut.

Treibende Kraft bei der Abspaltung von Amerika und bisher führende – wenn auch

---

<sup>1</sup> Alle grammatikalisch femininen Bezeichnungen schließen die grammatikalische maskulinen Formen mit ein.

nicht die einzige - politische Kraft ist die *survival party* (Überlebenspartei). Diese von Frauen dominierte Partei orientiert sich an dem Ziel des biologischen Überlebens nicht nur des einzelnen, sondern der gesamten Menschheit. Für die ökotopianische Politik heißt das u. a. konkret: Verminderung der Bevölkerungszahl, Deurbanisierung, Dezentralisierung sowie kostenfreier Öffentlicher Personenverkehr und überall verfügbare Mieträder anstelle von Autos, die verboten wurden.

Neben diesen politischen Reportagen, beinhaltet der Roman die persönlichen Tagebuchaufzeichnungen von William, an Hand welcher die Leserin die Entwicklung der Handlung verfolgen kann. Eine Handlung, die gekennzeichnet ist von dem Entbrennen einer Liebesbeziehung zu einer unabhängigen Ökotopianerin. (Der klassische Liebeskonflikt darf eben auch in einer Utopie nicht fehlen.) Natürlich praktiziert seine Geliebte die Idee der „freien Liebe“.

Auch bei der Inszenierung des ökotopianischen Gesundheitswesens, schimmern die Ideen der Hippiebewegung deutlich durch. Ist doch dem bei einem Wettkampf verletzten William eine Krankenschwester zugeteilt, welche nur für ihn zuständig ist und äußerst sensibel und „hilfsbereit“ auf alle seine seelischen sowie körperlichen Bedürfnisse reagiert. Es fällt aber leicht, dem Autor diese kleine chauvinistische Entgleisung zu verzeihen. Schließlich sind seine weiblichen Figuren bis hin zur Präsidentin Ökotopias starke Frauen, die

sowohl umsichtig als auch entschlossen agieren. Zumal die sexuelle Freizügigkeit, welche generell in diesem Land verbreitet ist, begleitet wird von einer emotionalen Offenheit und Intensität. Beides trägt mit dazu bei, ein attraktives und - sei es drum - auch erotisches Bild einer ökologisierten Welt zu zeichnen.

Die Reise nach Ökotopia lohnt sich nicht nur für Protagonisten des Romans, sondern auch für die Leserin. Keine Sorge, der Autor überrumpelt die Leserinnen nicht. Indem er uns die Welt Ökotopias durch die Brille des zuerst sehr skeptischen und mit lauter Vorurteilen beladenen William Westons zeigt, führt er uns behutsam ein. In dem Maße, wie dem Protagonist und Berichterstatter die intellektuelle Basis und die Lebensweise Ökotopias vertrauter und sympathischer werden, in dem Maße schwimmen auch die Bedenken der Leserinnen fort. So dass am Ende Williams Entschluss, für immer in diesem Land zu bleiben, nicht nur Umweltaktivistinnen, sondern auch anderen Leserinnen einfach als logische Konsequenz erscheint.

Als Politikerin und Umweltaktivistin habe ich den Autor Callenbach um die Leichtigkeit, mit der er mittels Literatur eine ökologische Welt entstehen lässt, beneidet. Wobei nicht verschwiegen werden soll, dass Ernest Callenbach sich bereits vor Veröffentlichung dieses Romans mit seinem Sachbuch „Stilvoll arm leben“ einen Namen in der Umweltbewegung gemacht hatte. Man sagt von ihm, er stehe in der langen amerikanischen Tradition des Schutzes der

für den neuen Kontinent spezifischen Wildnis. Wobei u. a. Henry David Thoreau, der für über zwei Jahre die Wildnis hautnah in seinem freiwilligen Exil im Wald erlebte, als einer seiner Vorgänger gilt.

Zum Schluss steht die Frage, die nicht nur Christa Wolf bewegte: Was bleibt? Was bleibt nach der Lektüre dieser Utopie in einer Welt, in der mit dem Argument Arbeitsplätze ökologische Einwände immer noch mit Leichtigkeit weggewischt werden können? Es bleibt die Erkenntnis, dass es einen anderen Weg gibt. Einen Weg, für den es lohnt, sich zu engagieren. Für den es lohnt, die Mühen der Ebene und den Kampf um winzigkleine ökologische Fortschritte (und seien es 0,5 % weniger CO<sub>2</sub> Emissionen) auf sich zu nehmen. Alltägliches Engagement, bei dem wir den Blick auf das wirkliche Ziel – eine Welt, die lebenswert ist und die nicht nur

unser Überleben, sondern das aller Lebewesen und aller Generationen auf diesem Planeten sichert – kurz eine Welt, wie sie in Ökopia für die Leserinnen auf verführerische Art und Weise lebendig wird.

#### Quellen und gleichzeitig Literaturtips

Kindlers Neues Literatur Lexikon.

Hermann, Jost: Grüne Utopien in Dt. Frankfurt/ Main 1991.

Callenbach, Ernest: *Ökopia: Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999*. Rotbuch Verlag 1990.

Callenbach, Ernest: *Ökologie von A-Z*. Rotbuch Verlag 1998.



## Plädoyer für eine ökologische Zeitenwende

MARKO FERST

Wir sitzen mit den hochentwickelten Industriegesellschaften in einer Wohlstandsfalle fest, der geschaffene Reichtum steht auf tönernen Füßen. Unser Beharren, an diesem erfolgsverwöhnten Weg festzuhalten, wird uns sehr wahrscheinlich Kopf und Kragen kosten. Immerhin rechnen 90% aller Menschen in Deutschland mit einer Erwärmung des Klimas und 86% fürchten, die globale Umweltverschmutzung nimmt zu. Nur 1% meinen dezidiert, dies treffe nicht zu. Man weiß also bescheid oder ahnt doch zumindest, was auf uns zukommt. Aber wegsehen ist weniger anstrengend als umdenken. Wir sollten erkennen: Unsere Generation ist mit aller Konsequenz dafür verantwortlich, ob es eine lebenswerte Zukunft geben wird. Entwarnende Bestseller, die uns nahelegen, es wird schon alles nicht so schlimm - dort hat sich die Wissenschaft geirrt und hier sind Fakten die beweisen, die Ökologen spinnen: All das wird sich spätestens, wenn die biosphärische Gesamtabrechnung kommt, auf die Menge an bösartiger Schönfärberei hin überprüfen lassen müssen. Trotz vieler weißer Flecken - die Datenlage ist beängstigend dicht. Die bevorstehende globale Umweltkonferenz in Johannesburg dürfte zweifelsohne diesem Ernst der Lage geschuldet sein.

Bislang blühen nur die Schneeglöckchen zu früh, die Sommer werden im Schnitt meißbar heißer, und heftige Orkane suchen uns öfter heim. 95% der österreichischen Gletscher sind auf dem Rückzug, die Hälfte des Eises ist bereits abgeschmolzen. Lichtiges Vorspiel. Anderswo auf dem Globus wird schon um die nackte Existenz gekämpft, etwa wenn der nächste überdimensionierte El Niño die Ernte völlig vernichtet und der Hunger Einzug hält. Das 21. Jahrhundert muß zu einer Epoche intelligenter, kulturvoller Selbstbegrenzung werden, eine Abkehr von unserer materialistischen Hochstapelei bringen, wenn wir die natürlichen Gleichgewichte unseres Planeten erhalten wollen. Erforderlich ist eine international gerechte Nutzung des Umweltraums, Deutschland darf nicht zwei bis drei mal mehr Fläche in Beschlag nehmen, über seine eigenen Quadratkilometer hinaus. Jeder Deutsche spannt derzeit im Schnitt 60 Energiesklaven für seinen Wohlstandsbedarf ein. Ein zukunftsfähiges Gesellschaftssystem erfordert nicht nur, den expansionistischen Schub der Zivilisation auszusetzen, sondern braucht auch eine ökologische Ethik, eine Wertewende, die zu einer Perspektive führt, die über den gesellschaftlich gebündelten individuellen Egoismus hinausreicht.

Täglich werden weltweit mindestens 100 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen und lassen eine Klimakatastrophe immer unausweichlicher werden. Maximal hält der IPCC für dieses Jahrhundert eine durchschnittliche Temperaturerhöhung von 5,8 Grad Celsius für

möglich. Eine solche Entwicklung wird keines der hiesigen politischen Systeme aushalten, ein totalitärer Einbruch der jetzigen Staatsdemokratien ist dann fast unvermeidlich. Dabei wird der IPCC vermutlich kaum berücksichtigt haben, was passiert, wenn durch die Erwärmung zum Beispiel immer mehr Methanhydrate aus dem Permafrostboden und den Festlandssockeln der Antarktis freigesetzt werden. Methan ist ein viel wirksameres Treibhausgas als Kohlendioxid. Gigantische Vorkommen könnten freigesetzt werden. Wir kämen zu einem Supertreibhauseffekt, der sich selbst verstärkt - Endstation Wüstenplanet. Bislang schlucken die Ozeane die Hälfte unserer Kohlendioxidausdünstungen, wird es wärmer, könnte sich das ganze unter Umständen umkehren. Niemand vermag das vorab zu berechnen. Was dann? Käme der Golfstrom durch vermehrtes Schmelzwasser von Eisflächen zum Erliegen, könnte es im europäischen Raum etwa ab Mitte des Jahrhunderts zu einer regionalen Eiszeit kommen. Die Windgeschwindigkeiten, die bei einer weiteren Erwärmung der übrigen Erde drohen, werden keinen Stein auf dem anderen lassen.

Schon für 1998 wies der Weltkatastrophenbericht 60.000 Tote und 380 Millionen weitere durch Sturm- und Flutkatastrophen schwer Betroffene aus. Jeden Tag werden 55.000 Hektar Tropenwald abgeholzt, rund 300 bis 400 Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Die Wüsten dehnen sich um mehr als 20.000 Hektar aus. 86 Millionen Tonnen fruchtbarer Boden gehen

durch Erosion verloren. Bald werden wir die Hälfte aller Arten ausgerottet haben. In der Geschichte der Evolution gab es fünf große Massensterben. Im Falle der Permkatastrophe brauchte die Tier- und Pflanzenwelt 100 Millionen Jahre, um sich von diesem Einschlag zu erholen. Wir sind gerade dabei, die sechste kosmische Vernichtungssorgie zu veranstalten.

Innerhalb weniger Generationen werden die nicht erneuerbaren Rohstoffe aufgebraucht, die in Jahrmillionen entstanden. Die schützende Ozonschicht der Erde wird dünner, und weit über die Antarktis hinaus reißt sie regelmäßig gänzlich auf. In immer kürzeren Abständen verdoppelt sich die Bevölkerungszahl auf der Erde. Vor der 10 Milliardenmarke wird das Bevölkerungswachstum kaum zum Erliegen kommen. Dies sind nur die dramatischsten Warnzeichen, wie wir die irdischen Belastungsgrenzen überrennen. Zwischen Ursache und Wirkung sozialökologischer Destabilisierung liegen häufig lange Zeiträume. Ziehen sich die verschiedenen Konfliktpotentiale zu einem unlösbaren Knoten zusammen, läßt sich das zerstörerische Potential nicht mehr abwenden, auch wenn die auslösenden Gründe längst beseitigt sind.

Ohne einen Quantensprung in der Politik ist eine globalökologische Rettung völlig aussichtslos. Sie wird schwieriger zu erreichen sein, als es einst die Verhinderung der Nazibarbarei in Deutschland gewesen wäre. Dabei könnten die ersten Schritte in wenigen Jahren getan sein. Ungefähr alle

acht Minuten schickt uns die Sonne soviel Energie auf die Erde, wie wir in einem Jahr verbrauchen. Würden wir sämtliche Energie, die wir nicht einsparen können, dezentral über Solartechnik, Wasserkraft, Windkraft und aus Biomasse gewinnen, hätten wir schon ein gutes Stück Zukunft gesichert. Wir werden aber auch die Materialströme, die wir durch unsere Industriegesellschaft pumpen, auf einen Bruchteil zu reduzieren haben.

In der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ empfiehlt man, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 in den Industriestaaten um 90 Prozent zu senken, damit Entwicklungsmöglichkeiten für die armen Länder der Erde eingeräumt werden können und global der Ausstoß um 50 bis 60 % gesenkt werden kann. Damit blasen wir dann aber immer noch jedes Jahr knapp 50 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre, und was davon in der Stratosphäre ankommt, ist ungefähr 100 Jahre klimaaktiv. Wir packen also nach wie vor jedes Jahr auf die schon vorhandenen Altlasten riesige CO<sub>2</sub>-Pakete zusätzlich oben auf. Das kann gar nicht gut gehen. Wir dürfen uns vor allen Dingen mit dem Abspecken nicht ein halbes Jahrhundert Zeit nehmen, und klar ist auch: 90% Reduktion an Klimagasen in den Industriestaaten wird nicht ausreichen. Damit steht unsere gesamte technische Infrastruktur, unser bisheriges Wirtschaftsvolumen zur Debatte. Es reicht nicht aus, in die bisherige unökologische Industriestruktur ein Stockwerk Umwelttechnologie hineinzumontieren.

Die Berliner Republik steckt in Bezug auf die ökologische Herausforderung schwerer in der

Krise als die Weimarer Republik auf Grund der braunen Gefahr. Gegen den Naziaufstieg hätte eine gemeinsame Kraftanstrengung aller demokratisch-emanzipatorisch gesinnten Menschen eine Chance haben können. Die ökologische Weltkrise wird durch nichts zu stoppen sein, wenn nur lange genug abgewartet worden ist. Wenn es zu spät ist, dann wird es nicht mehr ausreichen, unsere Industriegrundlast um eine Zehnerpotenz zurückzunehmen. Nur wenn wir die Tragweite der historischen Aufgabe begreifen und dementsprechend konsequent politisch handeln, haben wir überhaupt eine geringe Chance, einen finalen erdumspannenden Totalitarismus abzuwenden.

Warnende Stimmen gab es aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Ecken in den vergangenen Jahren mehr als genug. Wortmeldungen von Carl Amery, Rudolf Bahro, Michael Succow, Herbert Gruhl, Friedrich Schmidt-Bleek, Saral Sakar u.v.a. wurden von der politischen Klasse gern überhört. Die Grünen fochten ihre ökologischen Ziele auf der verteilungspolitischen Ebene aus und versuchten nicht mehr eine Umkehr der Prioritäten zu erreichen. Damit sind sie weitgehend an die systemischen Trägheitskräfte verloren gegangen.

Egal ob der Bundeskanzler gerade von der SPD oder CDU/CSU gestellt wird: Die Unterschiede sind marginal. Gut, die CDU/CSU braucht noch einen Atom-GAU mehr zum Umdenken. Aber unter dem herkömmlichen Politikbetrieb mit seinem tönenden Kampfgerassel, braut sich längst

eine menschliche Tragödie zusammen. Im Staatstheater stellt sich organisierte Verantwortungslosigkeit zur Schau, Reformprozesse bleiben im Anziehungsbereich der alten Ordnung. Eine „grüne Perestroika“ mit Erfolgsaussichten kommt nicht in Sicht. Schröder und Stoiber stehen für das Weiter so, für den Abstieg in eine totalitäre Perspektive, die durch ihre Politik langfristig mitverbürgt ist.

Die Ökologen verschiedener Richtungen, auch solche mit verschiedenen Parteibüchern in der Tasche, müssen in Deutschland, wohl aber auch in anderen Ländern und international sich gegenseitig die Bälle zuspielen. Wir brauchen eine Allianz gegen den Selbstmordkurs, einen Prozeß des Umdenkens und Umhandelns, bei dem die Protagonisten des Wirtschaftswachstums auf eine Position des passiven Widerstands zurückgedrängt werden. Der geistige Stahlbeton der Weiter-so-Fraktion in der Gesellschaft wird aufzubrechen sein. Das Volk und die Vordenker müssen mehr und tiefgründiger ins Gespräch kommen, es wird auszuloten sein, wo die verschiedenen Reformansätze ihre Stärken und Schwächen haben.

Wir brauchen heute an den verschiedensten Orten Menschen, die sich aus den vorgegebenen Strukturen lösen und eine universale Verantwortlichkeit für eine Politik der ökologischen Zeitenwende, für einen ethisch-geistigen Paradigmenwechsel kenntlich halten. Es kommt zunächst mal besonders auf die Minderheit von einem Prozent im Lande an, die mit aller

Konsequenz den Weg hin zu einer ökologischen Ordnung vorbereiten. Dazu gehört ein Netzwerk von Menschen, eine ökologische Emanzipationsbewegung, eine Volksbewegung wie sie sich Herbst 1989 in der DDR manifestierte, aber diesmal geht es um das Ganze, viel mehr steht auf dem Spiel. Scheitern heißt, wir stürzen in ein dunkles barbarisches Jahrtausend ab.

Der erforderliche ökologisch-soziale Strukturwandel müßte umfassender sein als alle vorhergehenden Umwälzungen und Reformen in der Menschheitsgeschichte. Der Wohlstand von drei, vier Generationen wird immer wahrscheinlicher mit Jahrhunderten Siechtum und Elend bezahlt werden. Am Ende könnten Opferzahlen stehen, die selbst das Quantum des Hitlersystems weit übersteigen, das Grauen der beiden Weltkriege in den Schatten stellen. Angesichts dieser prekären Lage steht die Frage nach Alternativen dringender als je zuvor auf der Tagesordnung der Weltgeschichte. Wir alle müssen uns fragen, wie könnte eine bestandsfähige ökoplanetare Zukunftszivilisation in wenigen Jahrzehnten aussehen? Doch derzeit befassen sich ungefähr 1500 wissenschaftliche Institute in unserem Land mit der Vergangenheit. Nur verschwindend wenige Institute erforschen Pfade in eine sozial-ökologische Zukunft. Warum sind wir so rückwärtsgewandt? Nötig wäre eine umfassende Zukunftsforschung, die Formen und Strukturen eines zukunftsfähigen Kultursystems aufzeigt und wie wir dort hin gelangen könnten, unter

Verzicht von Vorstellungen, man bräuchte nur grünen Tapetenwechsel vornehmen.

Die eigentliche Chance für eine ökologische Rettungspolitik erwächst aus dem geistigen Lebensniveau der Gesellschaften. Jede geistige Erneuerung beginnt im Menschen, dort wird der Boden bereitet für eine Alternative, für einen neuen Kulturentwurf. Die ökologische Zeitenwende sollte eingebettet in einen seelisch-geistigen Wandel sein. Der Übergang vom fortschrittssüchtigen Wohlstandsstaat zur in sich ruhenden Wohl-Seins-Gesellschaft ist nötig. Wir brauchen ein ökologisches Kultursystem, das auf Herz und Geist gebaut ist. Die Werte des Mensch-Werdens sollten über denen der Habgier angesiedelt sein. Materieller Reichtum und Wohlstandssucht können nicht den Gipfel menschlichen Daseins begründen. Die Aufrichtigkeit sozialer Beziehungen, der Weg des Herzens ist die unmittelbarste Quelle für die Heilung unserer kranken Gesellschaft.

Mit einer globalisierten Wettbewerbsökonomie, die auf permanentem Wachstum fußt und einen Pol auf Kosten des anderen entwickelt, wird die Todesspirale nicht aufzuhalten sein. Die Wirtschaft der Industrieländer wird radikal schrumpfen müssen. Mit einer vollständigen solaren Energiewende und einem Faktor vier in der Energieeffizienz allein ist ökologische Rettung nicht zu erreichen. Wir werden uns verabschieden müssen von jenem Irrglauben, der totale Markt könne alle unsere Probleme lösen, die Menschen müßten nur noch richtig dafür fit gemacht werden. Die ökonomische

Globalisierung bedeutet eine rapide Beschleunigung unserer zerstörerischen Kapazitäten. Es ist das destruktive Programm einer „Taktik der verbrannten Erde“. Ganz generell wird zu fragen sein, ob wir nicht eine Wirtschaftsverfassung bräuchten jenseits von pseudosozialistischem Staatsmonopolismus und gesellschaftlich institutionalisierter Habsucht.

Ökologisch wirtschaften heißt auf die Kompetenzen der Regionen zu setzen und nicht meine Produkte drei mal um den Erdball zu schicken, bevor ich sie nutze. Wozu brauchen wir Rindfleisch aus Argentinien oder Zwiebeln aus Neuseeland? Müssen Hemden zum Knöpfe annähen von Deutschland nach Portugal und zurück geschafft werden usw.? Mit geschätzten 300 Mrd. Dollar Steuerbefreiungen für Flug- und Schiffsverkehr wird der globale Handel jedes Jahr weltweit subventioniert und damit der regionale und ökologisch verträglichere Handel ausgetrocknet.

Notwendig ist ein ökologischer Umbau des gesamten Steuersystems. Lohn- und Mehrwertsteuern und viele andere Steuerbestände könnten in einem Jahrzehnt durch Steuern auf Energie- und Rohstoffverbrauch fast vollständig abgelöst werden. Um die soziale Balance deutlich zu verbessern, wäre sinnvoll, Lohnsteuern für besonders hohe Einkommen zu erhalten und Unternehmensgewinne stärker an das Gemeinwohl zu binden. Für Luxusprodukte ließe sich eine gezielte Besteuerung einrichten. Der einzelne Beschäftigte würde mehr in seiner Lohntüte behalten, der Faktor

Arbeit preiswerter. Öffentlicher Verkehr könnte verbilligt werden, natürlich stärker als in Dänemark 1997. Drastisch beschnitten werden müssten Subventionen für konventionelle Wirtschaftstätigkeit. Nur Unternehmen, die rundum ökologisch produzieren wollen, würden noch Förderungen erhalten können.

Desweiteren haben wir über unsere demokratischen Fundamente nachzudenken. Bisher ist der Mensch kaum über oligarchische Strukturen hinausgekommen. Künftig müsste es regelmäßig zu vielen wichtigen Fragen gesellschaftlicher Entwicklung Volksabstimmungen geben, die in erster Linie durch die Bevölkerung selbst eingeleitet werden können bzw. exponierte Bürgerinitiativen.

Notwendig ist eine auf die Erfordernisse ökologischer Selbstbegrenzung hin neu ausgearbeitete deutsche Verfassung. Ein einzelner Artikel 20a zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Grundgesetz wird den Erfordernissen für eine zukunftsfähige Staatstätigkeit kaum gerecht werden, wenn unzählige andere Bestimmungen eine expansionistische Wirtschaftstätigkeit für förderungswürdig anerkennen. Feigenblätter helfen uns nicht weiter.

Eingerichtet werden könnte ein Ökologisches Oberhaus<sup>2</sup>, demokratisch gewählt, das die langfristigen politischen Perspektiven festlegt und dem Bundestag und dem Bundesrat gegenüber weisungsbefugt ist. Es

<sup>2</sup> Die ursprüngliche Idee stammt von Rudolf Bahro, der sie in „Logik der Rettung“ erstmals vorstellte.

repräsentiert das Mensch-Natur-Verhältnis und wird gegenüber den anarchischen Partialinteressen der Gesellschaft die Maße ökologischer Begrenzung durchzusetzen haben. Es ist der institutionelle Ausdruck, daß die Ökonomie und die soziale Ausstattung ein Untersystem des Naturhaushalts ist und Marktgesetze sich nicht gegen Naturgesetze zum Schaden der zukünftigen Generationen durchsetzen dürfen. Ins Ökologische Oberhaus würden keine Parteien gewählt, sondern es sollte sich über eine Personenwahl konstituieren. Für die Bewerber/innen wird u.a. mit Hilfe einer eigenständigen Arbeit nachzuweisen sein - sie sind für das Amt qualifiziert. Eine Kommission entscheidet mit Beteiligung der Öffentlichkeit, ob der Kandidatur im Vorfeld der Wahl stattgegeben wird. Zum Beispiel könnte ein Umweltverband Einspruch gegen eine Person erheben, wenn anhand von Fakten nachweisbar wäre, hier will ein Industrielobbyist ins Parlament und die vorgelegte Arbeit ist nur schöner Schein.

An immer mehr Orten in Deutschland testen Menschen Formen ökologisch-alternativen Lebens, freilich eine Minderheit. Wir sollten ökoalternative Lebensorte fördern und insbesondere darauf hinwirken, die Startbedingungen dafür zu verbessern. Menschen, die sich auf den Weg machen wollen zu einem ökologischen Lebensstil, schneller als dies die übrige Gesellschaft vermag, müssten dafür den erforderlichen Freiraum erhalten. Über einen öffentlichen Beschäftigungssektor könnte man alternativ-ökologische Methoden regionalen

Wirtschaftens unterstützen, zumindest für einen begrenzten Zeitraum als Anschubfinanzierung, gleichwohl es hier nicht darum gehen kann, mit der bisherigen überdrehten Marktgeschwindigkeit mitzuhalten.

Darüber hinaus ließen sich langfristige Kredite ohne Zinsen für den Start in ganzheitliche neue Lebenszusammenhänge zur Verfügung stellen. Solche ökologischen Lebensplätze vermögen aus sich selbst heraus viele Hinweise auf alternative Lebensstile und neue Formen des Zusammenlebens geben, die teilweise auch für die gesamte Gesellschaft bedenkenswert sind, in jedem Fall aber eine Bereicherung unseres Erfahrungsschatzes darstellen werden.

Wir mögen uns mit der Umweltkonferenz in Johannesburg und dem Kyotoprotokoll einbilden, wir hätten etwas für die zukünftige Umweltsicherheit getan und dieses und jenes Problem angepackt. Nur die wirkliche Dimension der ökologischen Weltkrise steht noch gar nicht auf der Tagesordnung! Es muß erst noch begonnen werden sie abzumessen. Noch ist sie nicht mal begriffen! Einstweilen rasen wir auf ein „Auschwitz global“ zu, lassen unsere Kinder und Kindeskiner ins offene Messer laufen...

aktuell erschienen: Wege zur ökologischen Zeitenwende. Reformalternativen und Visionen für ein zukunftsfähiges Kultursystem

(zusammen mit Franz Alt und Rudolf Bahro),  
Edition Zeitsprung, 2002, 21,90€,  
Kurzfassung 9,80€, Leseproben:  
[www.umweltdebatte.de](http://www.umweltdebatte.de)



## Satzung der Ökologischen Plattform bei der PDS

1. Die ökologische Plattform (ÖPF) versteht sich als ein Verbund von Mitgliedern und Sympathisierenden der PDS. Sie sieht ihre Aufgabe darin, politisch darauf hinzuwirken, dass

- linke ökologische Politik in der PDS stärker ausgeprägt, formuliert und umgesetzt wird,
- das Verständnis ökologischer Zusammenhänge in der PDS und in der Gesellschaft substantiell vertieft wird und
- alternativ-ökologische Lebensweisen sowie solidarische Umgangsformen gefördert werden.

Die ÖPF will eine kompetente Partnerin für alle sein, die sich in Umweltverbänden, ökologischen Gruppen Bürgerinitiativen und anderswo ökologisch engagieren.

2. Die ÖPF lädt alle als Mitstreitende ein, die an den o.g. Aufgaben arbeiten oder sich für diese Aufgaben interessieren und deshalb dieses spezielle Interesse gegenüber der ÖPF bekundet haben.

3. Jede/r Mitstreitende der ÖPF hat das Recht, an allen Versammlungen und Veranstaltungen der ÖPF einschließlich der Beratungen ihrer gewählten Gremien teilzunehmen. Sie / Er hat das Recht, im Rahmen der Ziele und Grundsätze der ÖPF ihren / seinen Anteil zur Arbeit der ÖPF zu leisten, Vorschläge und Kritiken zur Verbesserung der Arbeit einzubringen.

4. Die Mitstreitenden der ÖPF können regionale und thematisch orientierte Gruppen bilden und in diesem Rahmen in Sinne der ÖPF arbeiten.

5. Beschlußgremium der ÖPF ist die bundesweite Versammlung (Bundestreffen) ihrer Mitstreitenden, die mindestens einmal im Jahr einzuberufen ist. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden gefaßt.

6. Das Bundestreffen wählt alle zwei Jahre den Koordinierungsrat der ÖPF, der zur Leitung der Angelegenheiten der ÖPF zwischen den Bundestreffen grundsätzlich vierteljährlich zusammentritt. Landesverbände und größere Arbeitsgruppen können je einen Vertreter aus ihrer Mitte in den Koordinierungsrat wählen.

Der Koordinierungsrat besteht aus mindestens 10 Mitgliedern. Er trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit. Scheidet ein Mitglied aus dem Koordinierungsrat aus, wird auf dem nächsten Bundestreffen oder durch die / den entscheidende/n Arbeitsgruppe / Landesverband nachgewählt.

7. Das Bundestreffen wählt den SprecherInnenrat der ÖPF aus den Mitgliedern des Koordinierungsrates. Der SprecherInnenrat hat mindestens 5 Mitglieder. Er vertritt die ÖPF in der PDS und gegenüber der Öffentlichkeit und ist für die Verwendung der finanziellen Mittel der ÖPF verantwortlich. Er bildet gemeinsam mit anderen Aktiven der ÖPF ein Arbeitsgremium. Dieses leistet die operative Arbeit, darunter zur Vorbereitung der Bundestreffen und der Beratungen des Koordinierungsrates und organisiert die Herausgabe des Mitteilungsblattes der ÖPF. Der SprecherInnenrat ist verpflichtet, die Mitstreitenden der ÖPF in jeder Ausgabe des Mitteilungsblattes über seine Arbeit zu informieren.

8. Die ÖPF gibt viermal im Jahr ein politisches und theoretisches Mitteilungsblatt heraus. Die Verantwortung für die Schwerpunkte ihrer inhaltlichen Gestaltung obliegt dem SprecherInnenrat. Jede/r Mitstreitende ist berechtigt, eigene Beiträge einzureichen.

9. Die Satzung tritt mit ihrer Annahme auf dem Bundestreffen am 9./10. September 2000 in Kraft. Für Änderungen der Satzung sind zwei Drittel der Stimmen eines Bundestreffens erforderlich.

## Impressum:

Herausgeber: SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr. 28 10178 Berlin, [oekoplatzform@web.de](mailto:oekoplatzform@web.de)

Ansprechpartner: Axel Kruschat 0179 / 59 11 69 8  
[hubert7@lycos.de](mailto:hubert7@lycos.de)

### Kontaktadressen

#### Bundesebene und Berlin

Ökologische Plattform, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin (zentraler Verteiler) e-Mail: [agigs@pds-online.de](mailto:agigs@pds-online.de) Tel. 030/2411127 (Manfred Wolf)

Die Tarantel ist über die HomePage [www.pds-online.de](http://www.pds-online.de) verfügbar.

#### Sachsen

ADELE - Ökologische Plattform Sachsen

Michael-Alexander Lauter; Schrammsteinstr. 9; 04207 Leipzig; Tel.

0341/9424882; e-mail: [im.lauter@primacom.net](mailto:im.lauter@primacom.net)

oder: Sabine Kunze; Jahnstr. 1; 02929 Rothenburg; Tel.

035891/35290; e-mail: [an-sa-kunze@t-online.de](mailto:an-sa-kunze@t-online.de)

#### Sachsen-Anhalt

AG Umwelt Sachsen-Anhalt, Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel Str.5, 06122 Halle, Tel.0345/29418-63

Fax-64

#### Mecklenburg -Vorpommern

Caterina Muth, PDS-Fraktion, Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel. 0385/5252513 Fax. 0385/5252547

Bürgerinitiative Bahnstrecke Dömitz, c/o Rudi Kunze, T.-Körner-Str.34, 19294 Herddorf, Tel. 038758/20198

#### Rheinland-Pfalz

Bruno Kern, Am Kronberger Hof 2, 55116 Mainz, Tel. 06131/ 236461

#### Hessen

Ökologische Plattform Hessen; Claudia Fittkow, Im Flatisch 3, 34132 Kassel, Tel. 0561/9402572 Fax 0561/9402573 e-mail: [Claudia.Fittkow@t-online.de](mailto:Claudia.Fittkow@t-online.de)

Sven Weiberg, Benrathweg 10, 611169 Friedberg, Tel. 06031/63441

#### Thüringen

Tillmann Steinrück, Dorfstr.51, 07751 Jenaprießnitz (bei Jena) Tel.03641/ 825029 e-mail [G.Steinrück@t-online.de](mailto:G.Steinrück@t-online.de) (Jugendgruppe Ökologie)

#### Brandenburg

AG Umwelt der PDS Brandenburg; Sprecherin Dr. Annemarie Kersten, Kiezstr. 35 a, 14547 Wittbrietzen Tel/Fax:033204/ 34842

Karin Lück, Bergstr.41, 15374 Müncheberg, Tel 03343218221 1, e-mail: [klueck@zalf.de](mailto:klueck@zalf.de)

Dr. Dagmar Enkelmann, MdL Umweltpol. Sprecherin der PDS-Fraktion, Brandenburg BürgerInnenbüro Brauerstr. 8-10 16321

Bernau Tel. 03338-459543, e-mail: [wkb-d.enkelmann@t-online.de](mailto:wkb-d.enkelmann@t-online.de);

Interessengemeinschaft Dritter Weg; Haus der Volkssolidarität, Wehrstr., 01 968 Senftenberg, Tel.03573/80234 Fax 03573/80230

Peter Ligner, Sensendorfer Weg 11, 16547 Birkenwerder, Tel. 03303/ 503660 Fax 03303/503659, e-mail

[P.Lingner@t-online.de](mailto:P.Lingner@t-online.de) (Lokale Agenda 21, Berlin-Brandenburg/

Runder Tisch Nachhaltiges Berlin-Brandenburg")

Erika Schulz ' Dorfkern 5c, 16515 Hohenbruch, Tel. 033051/25709,

Email: [erika-schulz@t-online.de](mailto:erika-schulz@t-online.de)

Marko Ferst, Köpenicker Str.11,15537 Gosen, Tel.03362/820571 Fax

03362/ 882988

(ökologische Zukunftsforschung)

Peter Engert, K.-E.-Ziolkowski-Ring 1, 15517 Fürstenwalde, Tel/Fax:

03361/344351/4, Email: [peterengert@t-online.de](mailto:peterengert@t-online.de)

#### Niedersachsen

Ökologische Plattform Niedersachsen, c/o E. Jänicke, Elisenstr.40,

30451 Hannover, Tel. 0511/9245911 Fax. 9245910

#### Berlin

PDS Fraktion, Jochen Querengässer (Umwelt- und

Energiepolitischer Sprecher), Niederkirchnerstr.5, 1 01 1 1 Berlin,

Tel.030/23252598 e-mail: [jo.quer@t-online.de](mailto:jo.quer@t-online.de)

Roland Schnell, Rudolfstr.13, 10245 Berlin, Tel.030/29449803 Fax

030/ 29449804 e-mail: [Biogas-de@aol.com](mailto:Biogas-de@aol.com)

#### Nordrhein-Westfalen

Arbeitskreis Umwelt Düsseldorf, PDS, z.H. Uwe Hobrack, Oststr.37,

40211 Düsseldorf, Tel.0211/653991 o. 0211/7883453

#### Bundestagsfraktion

Eva Bulling-Schröter (Umweltpolitische Sprecherin), Deutscher

Bundestag, PDS-Bundestagsfraktion der PDS, 1 1 01 1 Berlin,

Tel.030/227-75663 Fax.-76656, e-mail: [eva.bulling-schroeter@bundestag.de](mailto:eva.bulling-schroeter@bundestag.de)

Von der ökologischen Plattform unabhängige Zeitungen:

Tageszeitung "Neues Deutschland"

(verantwortlich für die Umweltseite) Jörg Staude, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin, Tel.030/ 293 90786

Rabe Ralf Umweitzzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer

Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030/44339147 (Matthias Bauer)